Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 3 (1953)

Heft: 2

Artikel: Minister Kern und Bismarck

Autor: Schoop, Albert W.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-78101

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MINISTER KERN UND BISMARCK*

Von Albert W. Schoop

Einleitung

Im folgenden wird versucht, die Beziehungen zwischen zwei Männern ungleichen politischen Formates nachzuzeichnen und in einen größeren Zusammenhang hineinzustellen. Bismarck und der Schweizer, von dem vor allem die Rede ist, sind sich nur kurz begegnet, doch vermag die Erzählung von ihrem Zusammentreffen sowohl zur Kenntnis der schweizerischen Außenpolitik während des Deutsch-französischen Krieges beizutragen, als auch Materialien zu liefern für die Biographie Dr. Johann Konrad Kerns. Ausgangspunkt dieser Studie war die Beobachtung, daß der französische Staatspräsident und Historiker Adolph Thiers in seinen nachgelassenen Erinnerungen schreibt, der schweizerische Gesandte in Paris, Minister Kern, habe sich an den Friedensgesprächen der zweiten Hälfte Februar 1871 aktiv beteiligt. Er sei damals mit dem deutschen Reichskanzler heftig zusammengestoßen[1]. Auffallenderweise ist in den sonst zuverlässigen und wohldokumentierten «Souvenirs politiques», die Kern im Jahre 1887, ein Jahr vor seinem Tod, herausgab, über eine Auseinandersetzung mit Bismarck im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen gar nichts zu lesen, obschon mehr als ein Drittel des ganzen Buches von der Diplomatie während des Krieges von 1870/71 handelt. Offensichtlich gedachte der schweizerische Gesandte später taktvoll zu verschweigen, daß er sich auf Weisung des Bundesrates in die Friedensverhandlungen hatte einschalten müssen.

---

* Erweiterte Fassung eines Referates, gehalten an der Generalversammlung der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz, am 8. September 1951 in Zürich.

[1] *Notes et souvenirs de M. Thiers 1870—1873.* Paris 1903. Vgl. auch «Deutsche Rundschau», Nr. 2, 1904/05, S. 153f.

Aufsehen erregte es, als der Bundesrat noch im Jahre 1892 eine Beteiligung der Schweiz an den in Versailles, Brüssel und Frankfurt geführten Friedensverhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich in Abrede stellte[2]. Bismarck hatte dem französischen Journalisten Henri des Houx auf seinem Landgut Varzin gesprächsweise von dieser schweizerischen Intervention berichtet, die erfolgt sei, «um vorerst Mülhausen zu reklamieren, worauf die Schweiz ein historisches Recht zu haben behauptete, und dann die Einverleibung von Elsaß und Lothringen in das Schweizerland zu begehren». Die Zusammenfassung dieser Unterredung, die am 12. Dezember 1892 in der französischen Zeitung «Matin» erschien, fand überall stärkste Beachtung. In der Sitzung des Bundesrates vom 22. Dezember bezeichnete Bundesrat Schenk, der 1871 Bundespräsident gewesen war, auch die weitere Behauptung, Bismarck habe sich den schweizerischen Bemühungen zur Neutralisierung des Elsasses widersetzt, als aus der Luft gegriffen. Das offizielle Dementi der Landesregierung rief aber den diplomatischen Korrespondenten des «Matin», Peyramont, auf den Plan, der erklärte, Bismarck habe infolge der Intervention von Mülhauser Industriellen den schweizerischen Gesandten Kern nach Versailles kommen lassen, «pour lui offrir d'agrandir la Suisse du district industriel du département du Haut-Rhin, c'est-à-dire Mulhouse et ses environs»[3]. Die Polemik über die Rolle der Schweiz 1870/71 setzte sich anfangs 1893 fort. Ein schweizerischer Korrespondent schrieb am 5. Januar im Mülhauser «Expreß», es halte schwer, was vor 22 Jahren geschehen sei aufzudecken. Mehrere Personen, die in dieser Angelegenheit eine Rolle gespielt hätten, seien gestorben, andere wollten nicht darüber sprechen oder befänden sich in einer Stellung, in der sie nicht zu sprechen wagten[4]. In einem Brief von Paul Cérésole, der dem Bundesrat von 1870

---

[2] Wie Hermann Böschenstein in seiner gehaltvollen Carl Schenk-Biographie (Bern-Bümpliz 1946, S. 118ff.) berichtet.

[3] «Express» de Mulhouse, 29. 12. 1892. Vgl. auch André Brandt: *Le sort de Mulhouse en 1871*, Extrait du Bulletin No II 1951 de la Société industrielle de Mulhouse. Der Verf. dankt Herrn Fürsprech H. Böschenstein für die Vermittlung dieser Broschüre.

[4] «Express», Mulhouse, 5. 1. 1893. Brandt, a. a. O.

bis 1875 angehört hatte, an seinen langjährigen Freund Carl Schenk heißt es:

«J'ai gardé le souvenir très précis d'une lettre, dans laquelle Kern nous a rendu compte, en décembre 1870 ou en janvier 1871, d'une conversation qu'il avait eue à Versailles avec Bismarck et où, après que Kern eut demandé comme doyen du corps diplomatique que les hôpitaux ne fussent pas bombardés, Bismarck lui a demandé à son tour, si la Suisse ne demanderait pas Mulhouse. — J'ai eu après l'occasion de reparler de cette conversation avec Kern à Paris, et mon associé Favey, qui alors était secrétaire de légation à Paris, en a aussi souvent entendu parler par Kern»[5].

Durch die Enthüllungen in der ausländischen Presse sah sich der Vorsteher des Politischen Departementes, Bundespräsident Schenk, anfangs 1893 veranlaßt, vom damaligen Bundesarchivar Jakob Kaiser ein Gutachten über die «getanen Schritte der Schweiz zur Wahrung ihrer Interessen bei der Annexion des Elsasses an Deutschland» erstellen zu lassen. Auf Grund einer Aktendurchsicht bestätigte der Archivar wunschgemäß, die vom Fürsten Bismarck kürzlich aufgestellten Behauptungen seien absolut grundlos. Er schrieb: «Die Wünsche und Begehren der Schweiz blieben bei Wenigem stehen und bezweckten lediglich die Wahrung einer direkten Verbindungslinie von Basel nach Belfort, resp. Frankreich, ohne Berührung deutschen Gebietes, und zu dem Behufe eine ganz bescheidene Grenzregulierung auf dieser Seite, die ihr zugleich auch eine etwas bessere militärische Position geschaffen hätte»[6].

So muß denn eine Gesamtdarstellung der Beziehungen zwischen Bismarck und Kern unter anderem die Prüfung der Frage enthalten, ob und wieweit die Eidgenossenschaft in die Friedensverhandlungen von 1871 eingegriffen habe. Sie muß zudem anhand der schweizerischen Quellen untersuchen, ob der ursprünglich deutsche Gedanke, Teile des oberen Elsasses der Schweiz anzugliedern, auch in der damaligen Eidgenossenschaft Interesse und Sympathie gefunden hat[7].

---

[5] 5. 1. 1893. Böschenstein, a. a. O., S. 122.

[6] Bericht des Archivariates vom 6. 1. 1893, im Bundesarchiv, Akten EMD «Angeregte Grenzverbesserung gegen das Elsaß».

[7] Unserer Darstellung liegen folgende Quellen zugrunde:
Materialien betr. Minister J. C. Kern, Ms. Z I 29 Zentralbibliothek

Im Brennpunkt des politischen Interesses, als ein an politischer Erfahrung und Einsicht reicher Diplomat, hat Dr. Kern den Deutsch-französischen Krieg erlebt. Überblickt man seine Haltung in den Jahren 1870/71, so ist zu erkennen, daß er dreifach hervorgetreten ist: Einmal als *Wahrer der schweizerischen Interessen*, dann auch als *Friedensvermittler* und nicht zuletzt als *Vertreter des Humanitätsgedankens*. Er hat seinem Lande, das er seit 1857 in Paris vertrat, gerade in dieser bewegten Zeit große Dienste geleistet, als scharfer Beobachter der politischen Ereignisse, als erstaunlich gut informierter Berichterstatter und Berater des schweizerischen Bundesrates, als Fürsprecher, als Treuhänder von Baden und Bayern, vor allem aber als umsichtiger, väterlicher Betreuer der starken Schweizerkolonie von Paris. Daß er während der Belagerung und Beschießung der französischen Hauptstadt als amtsältester Diplomat unerschrocken und kühn auftrat, hat ihm sowohl preußisches Mißtrauen wie französische Anerkennung gebracht. Allerdings schimmert auch bei ihm ein gewisses Maß an gesundem politischen Ehrgeiz immer wieder durch. «Es wird noch manchmal Tag werden, bis wieder ein Berlinger Bürger Doyen des diplomatischen Korps in Paris wird», schreibt er einmal nicht ohne berechtigten Stolz seinem Bruder am Untersee[8].

Kern kannte den Grafen Bismarck schon seit dem Jahre 1857 persönlich: am Schluß der Pariser Konferenz über die Lösung Neuenburgs aus dem preußischen Staatsverband, an einem Bankett beim Prinzen Jérôme, hatte er mit ihm eingehend über die

---

Zürich. Gesandtschaftsberichte Kerns aus Paris, Tschudis aus Wien, Hammers aus Berlin; Akten des Politischen Departementes in Bern. Abschriften aus dem Haus-, Hof- u. Staatsarchiv Wien (Berichte d. österr. Gesandten in der Schweiz, Baron Ottenfels, nach Wien aus dem Foreign Office in London (Berichte d. engl. Geschäftsträgers in Bern, Baccan, nach London); Bundesarchiv in Bern. Berichte des amerik. Gesandten in Paris nach Washington, publiziert Washington 1878. Dazu die Briefe Minister Kerns an die Bundespräsidenten von 1870 (Dubs) und 1871 (Schenk), sowie an viele seiner Verwandten und Freunde in der Schweiz.

[8] Brief Kerns an seinen Bruder in Berlingen v. 13. 1. 1871. Oechsli-Notizen, S. 408.

politische Lage in Europa gesprochen. Bismarck kehrte bekanntlich Ende Mai 1862 als preußischer Gesandter in die französische Hauptstadt zurück, doch war damals an eine engere Fühlungnahme mit ihm nicht zu denken, weil der von ehrgeiziger Unruhe getriebene Diplomat Paris nur als Sprungbrett betrachtete. Schon im September des gleichen Jahres, nach einem vergnüglichen und stärkenden Bade-Sommer in Biarritz, kehrte er nach Berlin zurück, wo er die Zügel der preußischen Politik für 28 erfolgreiche, aber auch folgenschwere Jahre in seine starke Hand nahm. Den wohlvorbereiteten Feldzug nach Frankreich 1870/71 machte er von Anfang bis zum siegreichen Ende als der vom preußischen Hofmilitär, den sogenannten «Halbgöttern», nur ungern gesehene politische Berater des greisen Königs, im geheimen aber als der große Bildner des Deutschen Reiches mit. Während des Krieges trat er mit dem schweizerischen Gesandten in Paris zu verschiedenen Malen mündlich und schriftlich in Verbindung, im allgemeinen höflich, korrekt, manchmal sogar zuvorkommend. Doch verhielt sich Dr. Kern in einigen Fragen nicht immer so, daß er beim Kanzler des Norddeutschen Bundes und nachherigen Reichskanzler Zustimmung und Beifall finden konnte.

Nicht einverstanden war Bismarck, als Minister Kern mit einigen weiteren Vertretern neutraler Staaten den Entschluß faßte, auch während der Belagerung der französischen Hauptstadt durch die deutschen Truppen an Ort und Stelle auszuharren. Er reiste nicht weg wie der Botschafter Österreichs[9], wie die Gesandten von England, Italien, Rußland und der Türkei, die Mitte September 1870 Paris in aller Heimlichkeit fluchtartig verließen. Diese Haltung Kerns widersprach den Intentionen der Deutschen: Am 26. September teilte das preußische Auswärtige Amt allen europäischen Regierungen offiziell mit, die Einschließung von Paris sei beendigt, und es müsse jeglicher Verkehr mit der französischen Hauptstadt unterbleiben. Der schweizerische Bundesrat stellte Minister Kern die Abreise frei, doch dieser wollte bis zum letzten Moment auf dem Posten bleiben, d.h. bis die Preußen die durch das Völkerrecht

[9] Bericht v. Tschudis nach Bern, 11. 8. 1870: «Wie mir versichert wird, beweisen die Depeschen des Fürsten Metternich, daß der K. K. Botschafter in Paris den Kopf total verloren hat».

vorgeschriebene Ankündigung der Bombardierung schickten. Seine Gründe lassen sich wie folgt zusammenfassen: Einmal befanden sich Regierungsmehrheit und Außenministerium der Franzosen immer noch in Paris. Zum andern bedurfte die Schweizerkolonie eines diplomatischen Schutzes; sie zählte trotz der Abreise von mehr als 20000 Schweizern immer noch über 10000 Personen. Endlich hielt es Kern für die Pflicht eines schweizerischen Diplomaten, auch nur jeden Anschein zu vermeiden, als wolle er sein persönliches Wohlergehen über die Interessen seines Landes stellen. Diesen dem Bundesrat gegenüber geäußerten Argumenten[10] muß auf Grund der Quellen ein weiteres beigefügt werden: Minister Kern stand anfangs September 1870 in Paris inmitten der turbulenten Ereignisse, die nach Bekanntwerden der Niederlage von Sedan zur Bildung der provisorischen Regierung und zur Ausrufung der Republik führten[11]. In der hoffnungslosen und verzweifelten Lage, in der Frankreich in diesem Moment steckte, war die Anwesenheit der neutralen Diplomaten, die sich um Kern und Washburne, den amerikanischen Gesandten, gruppierten, für die Männer des 4. September Rückhalt und Ermutigung. Dr. Kern, der längst hinter die Fassade des Zweiten Kaiserreichs gesehen und sich innerlich der anfänglich sehr bewunderten Herrschaft Napoleons III. seit Jahren entfremdet hatte, stand den Staatsmännern der französischen Republik, vor allem Jules Favre, recht nahe. Daß die Schweiz die Republik Frankreich überraschend schnell anerkannte, war eine Demonstration gegenüber den Preußen, die Kern inszeniert hatte[12].

---

[10] Ges. Berichte Kerns v. 6. 9. 1870, 17. 9. 1870, 8. 10. 1870. Briefe v. Dubs an Kern v. 6. 9. 1870, 12. 11. 1870.

[11] Vgl. Alfred Stern, *Aus den Gesandtschaftsberichten von Johann Konrad Kern*, Paris 1870/71. Schweiz. Monatshefte f. Politik u. Kultur, 5. Jg. Hefte 5/6, 7. Zürich 1925. S. 279ff.

[12] Ges. Ber. Kerns an den Bundesrat, 7. 9. 1870: Die Voraussetzungen für eine diplomatische Anerkennung der franz. Republik seien erfüllt. «Es würde daher nach meiner Überzeugung nicht bloß hier, sondern *bei einem großen Teil der schweizerischen Bevölkerung* einen ungünstigen Eindruck machen, wenn die Schweiz nicht ohne allen Verzug die französische Republik anerkennen würde (selbst wenn sie auch infolge der drohenden Besetzung der Hauptstadt nur von kurzer Dauer sein sollte)...».

Bericht d. engl. Geschäftsträgers in Bern, Baccan, an das Foreign Office

Der Vertreter der Eidgenossenschaft begrüßte die Schwesterrepublik freudig, er stand in den kritischen Tagen des Septembers, zum Teil auch in den Tagen der Friedensverhandlungen von 1871, als befreundeter Diplomat und Berater in ständiger Fühlungnahme mit den französischen Staatsmännern, die ihn hoch schätzten[13].

---

in London, v. 8. 9. 1870: «I am informed by the President of the Confederation that this act (die Anerkennung Frankreichs) has not been taken in reply to any communication as get received from the established government at Paris, but had been resolved upon by the Federal Council and the intelligence telegraphed yesterday by M. Kern that M. Jules Favres Circular addressed to Foreign Governement would be dispatched from Paris that night».

Baron Ottenfels, österr. Gesandter in Bern, an Graf Beust, Wien, v. 10. 9. 70: «Le langage très sympathique du Gouvernement helvétique pour la nouvelle république-sœur et les vœux qu'il forme pour la conclusion d'une paix honorable sont considérés ici comme une petite démonstration politique en faveur de la France...».

Die Kundgebungen vor der Gesandtschaft, über die der «Constitutionel» in Paris am 14. 9. berichtet, galten nicht allein der Schweiz, die der Stadt Straßburg großzügige Hilfe gewährte, sondern auch Minister Kern persönlich, der in Paris sehr viele Sympathien besaß. Am 12. 9. versammelte sich eine Menschenmenge spontan vor Kerns Haus, um ihm für seine Haltung der Republik gegenüber und der Schweiz für die Straßburger Hilfe zu danken. 20 Delegierte der Stadtbevölkerung statteten dem Minister diesen Dank ab. «Der schweizerische Gesandte zeigte sich lebhaft gerührt über diese Anerkennung und versicherte, daß er glücklich sein werde, seiner Regierung von derselben Nachricht geben zu können. Er bemerkte, mit welcher Genugtuung er den Auftrag, als einer der ersten offiziell die französische Republik anzuerkennen, ausgeführt habe und wie sehr er sich darüber freue, daß Frankreich in die Bahn freier Institutionen eingelenkt habe, jener Institutionen, die die Schweiz zu einem der glücklichsten Länder Europas mache. Diese Institutionen verbürgen dem gegenwärtig so grausam geprüften Frankreich noch schöne Tage...». Tags darauf, am 13. 9., marschierte auf Befehl der Regierung ein Bataillon der Nationalgarde vor der schweizerischen Gesandtschaft auf, um den offiziellen Dank der Republik für die Haltung der Schweiz abzustatten. Auf die Meldung des Kommandanten antwortete an Stelle des abwesenden Kerns sein tüchtiger 1. Sekretär, Lardy, in passender Weise. «Es macht einen überaus günstigen Eindruck. Unsere Neutralität soll uns nicht hindern, Werke der Humanität auszuüben», schreibt Kern.

Ges. Ber. Kerns v. 14. 9. 1870. «Der Bund» v. 19. 9. 1870. Vgl. auch S. 21.

[13] Ges. Ber. Kerns v. 9. 9. 1870. Vgl. auch Abschiedsschreiben Favres

Dies konnte auch Bismarck nicht verborgen bleiben; er war darüber sehr ungehalten, denn er vertrat die Ansicht, eine belagerte Festung eigne sich nicht als Aufenthaltsort für neutrale Diplomaten, die zudem noch bei einer illegalen, d.h. von Preußen nicht anerkannten Regierung akkreditiert seien. Bismarck hätte es gern gesehen, wenn durch die Abreise sämtlicher Diplomaten aus Paris die provisorische Regierung Frankreichs isoliert worden wäre. Seine sture, in der Folge aber reichlich inkonsequente Haltung gegenüber dem Begehren der neutralen Vertreter in Paris, die Verbindung mit ihren Regierungen durch einen vom Völkerrecht zugebilligten Kurier aufrecht zu erhalten, ist wohl nur aus dem Unmut über das Ausharren der Diplomaten neutraler Länder in Paris heraus zu erklären. Über diese zähen Verhandlungen mit Bismarck berichtet Kern in den «Politischen Erinnerungen» ausführlich[14]. Bismarck lehnte den Kurierdienst ab, machte jedoch das Angebot, wöchentlich einmal Briefe der Pariser Diplomaten durch die preußischen Linien hindurch befördern zu lassen, sofern diese Briefe keine Kriegsmeldungen enthielten und unverschlossen den deutschen Offizieren übergeben würden. Diese Zumutung wies die unter dem Präsidium von Kern stehende Pariser Diplomatenkonferenz als widerrechtlich energisch zurück. In der Folge sprach Bismarck der Eidgenossenschaft das Recht auf eine Verbindung mit ihrem Gesandten in Paris ab. Kern benützte zur Berichterstattung nach Bern zuerst wegreisende Landsleute, nachher Diplomaten, die nach London oder Tours fuhren, und als die Blockade vollständig war, auch die Ballonpost[15]. Trotz der Proteste, die der Bundesrat in

---

an Kern v. 3. 8. 1871: «Mon cher Ministre! Je ne veux pas quitter le ministère sans vous donner un souvenir; votre franche et cordiale sympathie m'a toujours été précieuse dans les jours si difficiles et si cruels que j'ai traversés. Je vous ai constamment trouvé fidèle, courageux, sincère; vous avez partagé volontairement nos souffrances et nos périls; vous avez tendu une main amie à nos braves et malheureux soldats; mon cœur vous en sera toujours reconnaissant et puisera dans ces relations qui m'ont été si précieuses un motif de plus d'aimer votre chère Helvétie et ce qui la fait grande: la sagesse et la liberté».

[14] J. C. Kern: *Politische Erinnerungen 1833 bis 1883.* Deutsche, revidierte Ausgabe. Frauenfeld 1887. S. 241ff.

[15] Der Verf. hat über die in der Schweiz aufgefundenen 25 Ballonpost-

Berlin anbringen ließ, blieb Bismarck fest. Kern mußte sich sogar damit abfinden, daß die Behandlung der Neutralen eine recht unterschiedliche war. Auf die lebhaften Vorstellungen der Vereinigten Staaten hin, die ihren aus dem Sezessionskrieg bekannten General Burnside zur Information und Friedensvermittlung ins deutsche Hauptquartier sandten, gewährte der Kanzler Amerika einen wöchentlichen Kurier, der jeden Dienstag vormittag am Pont de Sèvre von einem deutschen Offizier in Paradeuniform feierlich abgeholt wurde[16]. Der amerikanische Gesandte in Paris, der Kern sehr verehrte und in den diplomatischen Aktionen mit großer Energie unterstützte, gestattete jedoch den Schweizern in freundschaftlicher Art die Mitbenützung dieser Kurierlinie, so daß eine gewisse Verbindung zwischen Kern und dem Bundesrat über die amerikanische Gesandtschaft in London aufrecht erhalten blieb. Doch funktionierte dieser Weg langsam und erst gegen Ende der Belagerung.

Für den schweizerischen Gesandten bedeutete dieses demonstrative Ausharren in Paris eine schwere menschliche Belastung. Zusammen mit seiner tapferen, bescheidenen Lebensgefährtin, der Tochter des thurgauischen Regierungsrates Johann Konrad Freyenmuth, teilte er die Nöte der eingeschlossenen Zweimillionenstadt; auch er stand einer Menge materieller Sorgen gegenüber. Das tägliche Leben wurde mühevoll und gefährlich, die Arbeit auf der Gesandtschaft wuchs in einem unerwarteten und beängstigenden Ausmaß an. Wochenlang arbeitete der Minister, eifrig unterstützt von seinen beiden tüchtigen Sekretären Lardy und Bosset, sowie von vielen andern Helfern, zwölf bis sechzehn Stunden täglich. Am stärksten empfand Kern aber die Isolierung: Während Wochen und Monaten war er von der Außenwelt abgeschnitten, ohne genaue Nachrichten, ohne Kenntnis der Vorgänge oder der öffentlichen Meinung in der Eidgenossenschaft, und vor allem ohne Instruktionen des Bundesrates. Er spürte die Last der Verantwortung schwer: «Es gibt Augenblicke im Menschenleben, wo der Vertreter

---

briefe Kerns und seiner Frau aus dem belagerten Paris im Thurgauer Jahrbuch 1953 berichtet.

[16] «Der Bund», Bern 11. 1. 1871.

eines Volkes wie dasjenige der Schweiz nicht zögern kann noch darf, auf seine persönliche Verantwortung hin zu handeln»[17]. Man weiß, daß Minister Kern diesen Mut zur Verantwortung auch in diesen bewegten Tagen in Paris besaß, ähnlich wie General Herzog, der in der eisigen Winternacht zum 1. Februar 1871 bei Les Verrières den denkwürdigen Übertritt der Armee Bourbaki auf Schweizerboden so klar und vorbildlich regelte, daß Bismarcks hämische Bemerkung gegenüber Kern, die Schweiz habe jetzt Gelegenheit, die guten Freunde aus dem Westen näher kennen zu lernen, davor verblaßte. In Paris und Versailles handelte Minister Kern so, wie er es als Vertreter eines republikanischen Kleinstaates für richtig erachtete und tun mußte: der schweizerische Bundesrat hat alle seine Schritte gegenüber den Mächten, vor allem auch gegenüber Bismarck, nach eingehender Berichterstattung gutgeheißen.

Die Beschießung von Paris

Die Meinungsverschiedenheit über das Verbleiben der neutralen Diplomaten hatte keine weitere praktische Auswirkung; das Verhalten Bismarcks der Schweiz und ihrem Gesandten in Paris gegenüber war auch nachher ganz von seiner politischen Regieführung her bestimmt. Durch den preußischen Gesandten in Bern wußte der schweizerische Bundesrat, daß der Kanzler zu Beginn des Krieges gegen die Eidgenossenschaft aufgebracht war, doch ging seine Haltung nicht über das allen neutralen Staaten gegenüber gezeigte Mißtrauen hinaus[18]. Während in der Wiener Presse ein scharfer Artikel gegen die Haltung Kerns in Paris zu lesen war[19], scheint man sich in Berlin mit zunehmendem Kriegserfolg beruhigt

---

[17] Rede Minister Kerns in der großen Versammlung der Schweizerkolonie vom 15. 2. 1871. «Der Bund», Bern 24. 2. 1871.

[18] Ges. Ber. Hammers v. 15. 10. 1870: «Die Stimmung gegenüber den Neutralen verbittert sich; namentlich ist jetzt — außer England — Belgien Gegenstand sehr übelwollender Beurteilung. Auch hinsichtlich der Schweiz und namentlich hinsichtlich der schweizerischen Presse begegne ich einer nicht zu unterschätzenden Gereiztheit...».

[19] Ges. Ber. Tschudis aus Wien, 20. 8.: «Im gestrigen Abendblatt der ‚Neuen Freien Presse' war ein ziemlich heftiger Artikel gegen unsern Herrn Gesandten in Paris enthalten...».

zu haben, wozu sicher die energische Fürsprache Kerns zugunsten der zu Beginn des Krieges ausgewiesenen Deutschen in Paris beitrug[20]. Bei Bismarck läßt sich eine Animosität gegen Kern wegen dessen Haltung in der Neuenburgerfrage von 1857 nicht nachweisen, trotzdem Kerns Gegenspieler am Pariser Kongreß von 1857, Graf Hatzfeld, ein enger Mitarbeiter des Kanzlers im Hauptquartier in Versailles war. Gerechterweise muß festgestellt werden, daß der norddeutsche Bundeskanzler wiederholt Ansuchen Kerns geprüft und erfüllt hat. So ließ er beispielsweise Ende Oktober 1870 für 16 Schweizer, die noch aus dem belagerten Paris reisen wollten, Geleitscheine ausstellen[21], später nochmals für 165 in die Heimat zurückreisende Landsleute Kerns. Durch das Hauptquartier in Versailles ließ er Briefe an die Regierungen von Bayern und Baden befördern, deren Interessenvertretung die Schweiz übernommen hatte. Oder dann genehmigte der mittlerweile zum Reichskanzler Beförderte Ende Februar 1871 den unentgeltlichen Transport bedürftiger Schweizer von Paris bis Basel.

Eine ernsthafte Differenz entstand jedoch, als die Deutschen Paris zu beschießen begannen. Bekanntlich war auch im preußischen Hauptquartier die Frage, ob man die französische Hauptstadt bombardieren solle, um sie zur Übergabe zu zwingen, Gegenstand heftigster Auseinandersetzungen. Bismarck wollte aus Gründen seiner auf die Einigung Deutschlands bedachten Politik eine rasche Entscheidung vor Paris herbeiführen, besonders auch, um die Friedensbemühungen neutraler Großmächte zu vereiteln. Er forderte scharf und rücksichtslos — General Blumenthal sagt «fähnrichsmäßig» — die Bombardierung, wobei ihn der Kriegsminister Roon unterstützte. Darüber kam es mit dem Generalstabschef, Helmuth von Moltke, zum Bruch, der zusammen mit dem Kronprinzen Friedrich und einem Teil des Hofes zunächst aus militärischen Gründen — Preußen hatte die Vorbereitung des Festungskrieges vernachlässigt, der Nachschub war noch schlecht organisiert — und auch aus Gründen der Humanität auf die Be-

[20] Vgl. J. C. Kern: *Politische Erinnerungen*, S. 229ff.

[21] Unter ihnen befand sich der frühere Bundespräsident, Kerns ehemaliger Freund Constant Fornerod, der seit 1867, nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat, in Paris eher zweifelhaften Finanzgeschäften oblag.

schießung verzichten und Paris durch eine Blockade zur Übergabe nötigen wollte. Wie sich später beurteilen ließ, hatte Moltke recht: Paris kapitulierte trotz der Beschießung keinen Tag früher. In Versailles drang aber Bismarck durch. Nach dreimonatiger Vorbereitung eröffnete die deutsche Artillerie unangekündigt ein starkes, doch unsystematisches Feuer auf die französische Hauptstadt. Als Minister Kern sah, daß dadurch nicht bloß militärische Objekte, sondern auch Spitäler, Verwundetenbaracken und Schulen in der Gegend des Jardin du Luxembourg getroffen wurden, rief er die in Paris anwesenden diplomatischen und konsularischen Vertreter zusammen. Die Versammlung legte gegen eine solche „barbarische Rücksichtslosigkeit" Verwahrung ein und forderte für die über 50000 Angehörigen neutraler Staaten in Paris einen besonderen Schutz und die nochmalige Möglichkeit, die Stadt zu verlassen. Der Notenwechsel mit Bismarck in dieser Frage ist von Kern vollständig publiziert worden[22]. Es ging darin um eine Frage des Völkerrechts. Kerns Protest wurde damit begründet, daß nach dem geltenden internationalen Recht die Beschießung einer befestigten Stadt vorher bekanntzugeben sei, damit Frauen und Kinder evakuiert werden könnten. Auch der militärische Brauch zeige dies. Bismarck bestritt energisch und nicht ungeschickt diese Auffassung. Natürlich blieb der Protest der Diplomaten unter Führung Kerns wirkungslos; eine unter hunderten von Protestkundgebungen, die damals Preußens Sympathien in Europa verminderten.

Für die Beurteilung von Kerns Haltung in Paris sind nun die völkerrechtlichen Quellen von Interesse, auf die er sich Bismarck gegenüber stützt. Da er in dieser Frage ohne Instruktionen von Seite des Bundesrates handelte — der Verkehr mit Bern war unterbrochen —, mußte er sich später ausführlich rechtfertigen[23]. Während er anerkennt, daß in dem, was Graf Bismarck über die unverantwortliche Befestigung einer Zweimillionenstadt sage, «viel Wahres» liege, stützt er seine Auffassung, die Bombardierung einer Stadt ohne vorhergehende Ankündigung sei widerrechtlich, vornehmlich auf zwei Werke: auf das Buch des französischen Rechtsgelehrten

---

[22] J. C. Kern: *Politische Erinnerungen*, S. 256ff.

[23] Ges. Ber. Kerns v. 15. 1., 21. 1., 23. 1., 3. 2. 1871.

Martens «Précis du droit de gens moderne» und auf jenes seines Jugendfreundes Johann Kaspar Bluntschli «Das moderne Völkerrecht der zivilisierten Staaten». Eine Überprüfung der angeführten Stelle ergibt nun allerdings, daß es bei Bluntschli nur heißt: «Die gute Kriegssitte verlangt, daß der Belagerer, wenn es tunlich erscheint, vor dem Bombardement eines Platzes die Absicht dazu ankündige, damit die Nichtstreiter, insbesondere Weiber und Kinder, entfernt oder sonst in Sicherheit gebracht werden...»[24]. Der Standpunkt Kerns muß deshalb als kühn bezeichnet werden, trotzdem der Bundesrat ihn ebenfalls begründet fand[25]. Zu seiner Rechtfertigung schreibt der Minister: «Es konnte nicht von Ferne in unserer Absicht liegen, das Recht einer kriegführenden Macht, zur Bombardierung einer befestigten Stadt zu schreiten im äußersten Falle, wenn die Kriegszwecke auf keinem anderen Wege zu erreichen möglich ist, *irgendwie* zu bestreiten. Unser ganzes Bestreben ging dahin, für die bedrohten Interessen der Bevölkerung, die wir in Paris zu schützen berufen sind, diejenigen Rücksichten zu beanspruchen, welche wir glaubten, gestützt auf das Völkerrecht und vielfache Praecedentien, mit allem Grund geltend machen zu können»[26]. Kern verfolgte aber noch einen Nebenzweck, es ging ihm tatsächlich um viel mehr. Ein ihm nahestehender Korrespondent berichtet im Berner «Bund» vom 15. Februar 1871 aus Paris, Minister Kerns Auftreten gegen die deutsche Kriegführung werde in Paris von allen Parteien und Blättern gelobt und die von ihm redigierte Antwortnote an Bismarck vom 27. Januar «weil erlassen vom ganzen neutralen Europa, ja der ganzen gebildeten Welt, durch die neutralen Vertreter in Paris, als ein neuer Grundstein zur geschichtlichen Ausbildung des Völkerrechts bezeichnet», eine Auffassung, wie sie auch in einigen, durch Kern inspirierten Presse-

---

[24] Bluntschli, a. a. O., S. 310.

[25] Antrag v. Bundespräsident Schenk im Bundesrat, 17. 2. 1871: «Es sei Herrn Minister Kern der Empfang vorliegenden Berichts zu bestätigen mit dem Beifügen, der Bundesrat habe mit Interesse davon Kenntnis genommen und billige vollständig wie seine Haltung in der Sache überhaupt, so auch insbesondere die von ihm dem deutschen Hauptquartier gegenüber geltend gemachten völkerrechtlichen Anschauungen».

[26] Ges. Ber. v. 23. 1. 1871.

artikeln in der Pariser Zeitung «Le Temps» vertreten wird[27]. Mit andern Worten: Dr. Kern, zeit seines Lebens ein Mann des Rechts, ein Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit, war bei seinem Auftreten als Doyen des diplomatischen Korps gegen Bismarck und seine rücksichtslose Weise der Kampfführung letztlich vom Wunsch beseelt, nicht allein dem gültigen Völkerrecht Anerkennung zu verschaffen, sondern geradezu neues und humanes Recht zu postulieren.

Die Angliederung des Oberelsasses an die Schweiz

Die eingangs erwähnte Stelle aus den Notizen von Adolph Thiers bezieht sich weder auf die Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und Kern über den Verbleib der Diplomaten in Paris, noch auf die Auseinandersetzung über die Beschießung der französischen Hauptstadt. Sie steht im Zusammenhang mit dem Versuch des schweizerischen Bundesrates, sich in die Friedensverhandlungen zwischen dem am 18. Januar 1871 in Versailles ausgerufenen Deutschen Reich und der französischen Republik einzuschalten. Dies geschah im Zusammenhang mit den durch den Krieg aufgeworfenen territorialen Fragen. Wie schon Hans Schneider aufgedeckt hat, waren es vornehmlich zwei Gebiete, für welche der schweizerische Bundesrat und ein Teil der öffentlichen Meinung ein Sonderinteresse zeigten: *Savoyen* und das *obere Elsaß*[28].

Die schon zu Beginn des Deutsch-französischen Krieges sehr lebhaft erörterte *Savoyerfrage* ist in unserem Zusammenhang von geringerer Bedeutung. Minister Kern wahrte selbstverständlich stets die Rechte der Schweiz auf eine Besetzung der im Frieden von 1815 in die schweizerische Neutralität einbezogenen Gebiete Nordsavoyens, er galt als ein guter Kenner der Rechtsverhältnisse und mußte verschiedentlich der französischen Öffentlichkeit die Stellung der Schweiz in dieser Frage darlegen. Auch er hatte die feste Überzeugung, daß 1859/60 beim Übergang Savoyens an Frank-

---

[27] «Le Temps» v. 1. 2., 2. 2. 1871.

[28] Hans Schneider: *Geschichte des Schweizerischen Bundesstaates 1848 bis 1918*. Zürich 1931. S. 735ff. (mit Angabe der auch für die vorliegende Studie benützten Quellen).

reich der Schweiz Unrecht geschehen sei: «La question de la Savoie, soulevée en 1859 et 1860, n'a pas pu trouver à cette époque une solution conforme aux intérêts de la Suisse. La Suisse devait donc à ses propres intérêts, comme aussi aux obligations qui lui sont imposées par les traîtés de 1815, de se réserver le droit de prendre les mesures qui pourraient devenir nécessaires dans certaines éventualités, pour sauvegarder sa neutralité»[29]. Kern kannte aber die französische Auffassung in der Savoyerfrage; er wußte auch, wie empfindlich die Franzosen auf die bundesrätliche Erklärung vom 16. Juli 1870 reagiert hatten, in der stand, man werde sich den Zeitpunkt der Besetzung Savoyens vorbehalten. Als während des Krieges die savoyische Anschlußbewegung zunahm, hatte er für die schweizerischen Pläne einer militärischen Besetzung Savoyens nichts übrig. Mit der Dubsschen Anschlußpolitik — General Herzog arbeitete am 15. November 1870 den Aufmarsch- und Besetzungsplan für die 4. und 5. Division aus — stand Kern nicht in Beziehung. Während aus Berlin von Minister Bernhard Hammer unverhüllte Aufforderungen eintrafen, die Schweiz solle die Gelegenheit, Savoyen für sich zu fordern, nicht vorbeigehen lassen[30],

[29] Ges. Ber. Kerns v. 21. 7. 1870.

[30] Bundespräs. Dubs an Kern, 23. 8. 1870: «Von deutscher Seite wurden schon leise und laute Anregungen gemacht, daß wir Savoyen fordern sollen, und daß wir es in diesem Fall bekommen werden...».

Ges. Ber. Hammers v. 5. 11. 1870; mit der Nachricht, daß die durch die Kapitulation von Metz freigewordene Armee Friedrich Carl sich dem südlichen Kriegsschauplatz zuwenden soll, «so daß bei Fortdauer der Kriegsereignisse der Anlaß zur Besetzung des neutralisierten Savoyens für uns wieder näher tritt». Ges. Ber. 21. 11. 70. Telegr. Hammers nach Bern, v. 21. 1. 1871: «Savoyens Besetzung würde hier bestimmt gebilligt». Ges. Ber. Hammers v. 27. 1. 1871: Die Schweiz dürfe keine Bedenken haben. «Seit Jahrhunderten arbeitet die Schweiz schon an dieser Savoyerfrage, und jetzt, wo sie einen Schritt vorwärts gebracht werden könnte, soll sie wieder unwiderbringlich den Berg herunter rollen!»

Vertrauliches Schreiben von Hammer an den Bundespräsidenten v. 19.11.70: «Der voraussichtliche Fall von Paris *muß*, der Friedensschluß *kann* bald eintreten. Die Schweiz läuft Gefahr, die Politik der verpaßten Gelegenheiten gespielt zu haben, wenn sie weder einen Anlaß zur Besetzung von Savoyen gefunden, noch die Savoyerfrage diplomatisch anhängig gemacht haben wird, bevor der Friede verhandelt wird. — Sollte also die in Aussicht stehende Unterhandlung mit dem sehr gewandten und zähen Chateaurenard

mahnte der schweizerische Gesandte in Paris ständig zur Zurückhaltung. Seine Warnung vor übereilten Schritten deckte sich mit der Haltung seines Freundes Alfred Escher und mit der Mehrheit des Parlamentes. Als dann aber Frankreich noch vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages Savoyen mit Truppen belegte, kam man in Bern in der Umgebung des Bundespräsidenten vom Gedanken nicht los, man habe wieder einmal etwas versäumt. Es ist nicht unmöglich, daß der Wunsch nach einer Kompensation die Haltung des Bundesrates in der Elsaßfrage mitbestimmte, doch herrschte offenbar auch da keine zuversichtliche Stimmung über die Aussichten einer Intervention der Schweiz: «Was uns mit dem Kaiser Napoleon bezüglich Savoyen geschehen ist, kann uns auch mit Bismarck passieren», schreibt Bundespräsident Schenk an Dr. Kern[31].

Der Zusammenstoß zwischen Bismarck und Kern, von dem wir durch Adolph Thiers erfahren, erfolgte in dem Moment, da sich der schweizerische Gesandte in die Verhandlungen einschaltete, die zum Präliminarfrieden vom 26. Februar 1871 führten. Um die dabei von Kern eingenommene Haltung verständlich erscheinen zu lassen, muß hier vorerst ein Wort über *Kerns Vermittlungsversuche im Krieg von 1870/71* eingeschaltet werden. Man geht wohl nicht fehl mit der Behauptung, der Minister habe die Bedeutung seiner diplomatischen Schritte zur Verhinderung des Krieges Mitte Juli 1870 überschätzt, läßt sich doch nachweisen, daß diese Versuche zu spät einsetzten und wenig wirksam blieben[32]. Im Verlaufe des Krieges ist der schweizerische Gesandte in Paris, wie auch die Vertreter der übrigen neutralen Mächte, mehrfach um Friedensvermittlung ersucht worden. So beispielsweise in den ersten Tagen

---

zu einer befriedigenden *Lösung* der Savoyerfrage, wie zu befürchten, nicht führen, so scheint mir angezeigt, die seit 1860 schwebende Savoyerfrage bei den Garantiemächten im allgemeinen und bei Preußen resp. Deutschland, das hierin mit uns identisch und schwerwiegende Interessen hat, wieder anzuregen, indem zweifellos diese Frage nur mit der freien Entschließung Frankreichs, oder aber mit Hilfe Preußens zu einer uns günstigen Lösung führen kann. Eine allzu große Zurückhaltung unsererseits würde aber vielleicht Preußens Mitwirkung (illusorisch?) machen».

[31] Am 26. 2. 1871.

[32] Vgl. *Politische Erinnerungen*, S. 178ff.

der französischen Republik, als man in Paris davon sprach, daß alle Diplomaten der neutralen Länder gemeinsam ins preußische Hauptquartier reisen sollten, um den Frieden wieder herzustellen[33]. Damals gab der Bundesrat dem Gesandten die Weisung, er habe zuerst die Friedensvorschläge nach Bern zu schicken, bevor er sich an einer solchen Aktion zur Wiederherstellung des Friedens beteilige. Die noch stark betonte Neutralitätspolitik gebot die abweisende Haltung, doch scheint Dubs auch gewußt zu haben, daß Bismarck diese ihm lästigen Versuche neutraler Diplomaten vereiteln werde. Inwiefern sich der schweizerische Gesandte während der mehrmonatigen Belagerung von Paris an den Friedensgesprät chen beteiligte, ist im einzelnen nicht genau zu erkennen. Fessteht, daß er unter anderm mit dem amerikanischen General Burnside vor dessen Fahrt ins preußische Hauptquartier, wo er eine Vermittlung anbahnen wollte, eine längere Besprechung abhielt. Im Frühjahr 1871 las man in der Pariser Presse, Minister Kern werde zwischen der Regierung in Versailles und der inzwischen proklamierten Commune-Regierung vermitteln. Kern ließ sofort ein Dementi erscheinen, denn er gedachte sich nicht in den Bürgerkrieg einzumischen, obwohl er um Vermittlung gebeten wurde. Sein Ansehen stand zwar auch bei den Männern der Commune auffallend hoch, doch Kern achtete streng darauf, daß er mit den Aufständischen nicht in diplomatischen Verkehr kam[34]. Er stand der

---

[33] Ges. Ber. Kerns v. 7. 9., 9. 9., 12. 9., 16. 9.; Weisung d. Bundesrates an Kern v. 10. 9. 1870.

[34] Über das Verhältnis der Schweiz zur Commune kann folgendes festgehalten werden: Minister Kern wußte um die Versuche, der Pariser Bewegung einen internationalen Anstrich zu geben. Er kannte die Querverbindungen der Commune von Paris zu Marseille, Lyon und Italien. So schrieb er nach Bern, wenn diese sozialistische und föderalistische Bewegung durchdringe, so würde dies Frankreichs völligen Ruin bedeuten. Am 5. 4. 1871 wurde ihm durch Pascal Grousset in einer feierlichen Begrüßung die Verfassung der Commune überreicht, zu Handen der Eidgenossenschaft, die in vielem das Vorbild der Commune sei. Anfangs Mai hieß es im Basler Volksfreund, die Commune habe einen Gesandten in die Schweiz geschickt. Bürger Marchand sei mit einem Manifest der Commune-Regierung an die Eidgenossen angekommen. Darin werde die Schweiz als Urbild aller Republiken, als ewiger Leuchtturm des Rechts, als Heil der alten und der neuen Welt bezeichnet. Sie habe bewiesen, daß zur Gründung und Bewah-

Regierung Thiers zu nahe, lehnte die politischen Ideen der Communards ab und verabscheute den Terror der Maitage 1871.

Nun war aber durch den Krieg die *Rheingrenze* in Bewegung gekommen. In übermütiger Freude über die Herrlichkeit des deutschen Sieges forderten süddeutsche Zeitungen, die über das «mangelnde Verständnis der Eidgenossen für die Größe des Tages» verstimmt waren, von der benachbarten Schweiz die Abtretung aller rechtsrheinischen Gebiete von Schaffhausen bis Basel. «Dans leur pensée, Schaffhouse, Bâle et leurs dépendances situées sur la rive droite du Rhin, ‚retourneraient' à l'Empire Allemand auquel elles ont jadis appartenu. Pour indemniser la Suisse, on lui céderait la Savoie et d'autres territoires françaises», schreibt der österreichische Gesandte in der Schweiz darüber[35]. Gegen eine solche Anmaßung badischer Journalisten wurden diplomatische Schritte in Berlin notwendig. Als aber der schweizerische Gesandte den Stell-

rung einer Republik Einsicht und Eingebung, Gedanke und Tatkraft, der Pfeil Tells *und* der Kontrakt Rousseaus gehörten. Auch die Commune wolle nichts anderes, als diese Gedanken in die Tat umsetzen und die Bande der Freundschaft zwischen beiden Völkern enger knüpfen.

Bürger Marchand, ein seit Jahren in Bern wohnhafter Weinhändler, der mit der Commune von Paris sympathisierte, war zu Beginn des Aufstandes nach Frankreich geeilt. Nach seiner Rückkehr meldete er sich beim Bundespräsidenten Schenk, um ihm die längst in der Presse publizierte und erörterte Adresse der Commune an die Schweiz zu überreichen. Schenk ließ ihm jedoch antworten, er könne den Gesandten der Commune nicht empfangen, da die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen mit ihr unterhalte. Doch wenn sich Herr Marchand mit ihm über den Weinbau und die neue Ernte unterhalten wolle, stehe er gerne zur Verfügung. (Gesandtschaftsbericht Ottenfels nach Wien, vom 7. 5. 1871.) — Die Nachricht von Kerns Vermittlung erschien übrigens in der Pariser Zeitung «Mot d'ordre».

[35] Baron Ottenfels an die österr. Staatskanzlei, 17. 9. 1870. Vgl. auch das vertrauliche Schreiben von Dubs an Kern v. 23. 8. 1870: Trotz der gewiß loyalen Handhabung der Neutralität sei in Süddeutschland eine der Schweiz feindselige Stimmung festzustellen. Man höre in Karlsruhe allgemein, wenn man mit Frankreich fertig sei, werde man mit der Schweiz abrechnen. Gelüste nach dem rechtsseitigen Teilen des Rheinufers (Schaffhausen, Kleinbasel) träten zutage. «Auch wissen wir, daß Graf Bismarck gegen die Schweiz aufgestachelt worden sei; er schickte Fragen an General von Roeder, die mir dieser vertraulich mitteilte. Gleichzeitig bemerkten wir, daß man die Schweiz zu kompromittieren sucht. So erschien z. B. in Luzern ein (deutsches) Pasquill gegen den König von Preußen».

vertreter Bismarcks im preußischen Auswärtigen Amt, von Thile, auf diese ungehörigen Presseäußerungen und auf eine Demonstrationsversammlung gegen die Schweiz in Waldshut aufmerksam machte, erklärte dieser: «Schaffhausen annexieren? Im Gegenteil! Man dachte der Schweiz entweder Oberelsaß oder Chablais und Faucigny zuzuwenden»[36]. Bismarck bestätigte diesen Plan; er sagte in der Unterredung mit Minister Kern am 23. Februar 1871 wörtlich: «Le Conseil fédéral ne peut pas ignorer que j'ai eu autrefois l'idée de faire de cette partie du pays, que je connais fort bien (er spricht vom Sundgau), un canton suisse avec Mulhouse comme chef-lieu»[37].

Die Frage, was Bismarck dazu bewogen hat, eine Abtretung des oberen Elsasses an die Schweiz ins Auge zu fassen, kann heute bestimmter beantwortet werden. In der allgemeinen Diskussion über die Kriegsziele, die in den ersten Wochen des Feldzuges einsetzte, war man in der preußischen Öffentlichkeit noch gewillt, Rücksichten auf die deutschfeindliche Stimmung der katholischen Bevölkerung des oberen Elsasses zu nehmen. Großes Gewicht bekam die Tatsache, daß durch eine Annexion des Elsasses durch Deutschland die Mülhauser Industrie die eigene, deutsche ruinieren würde. So waren es vor allem die Vertreter der süddeutschen Industrie, welche von einem Anschluß des Elsasses an das System des Deutschen Zollvereins den Zusammenbruch der eigenen Betriebe befürchten mußten. Nach einer zeitgenössischen Zusammenstellung besaß die Textilindustrie des Haut-Rhin die vierfache Kapazität jener des Großherzogtums Baden, die erst im Aufbau begriffen war[38]. In andern Zweigen der Industrie waren die Verhältnisse

[36] Ges. Ber. Hammers 14. 1. 1871.

[37] Ges. Ber. Kerns v. 23. 2. 1871.

[38] *Notice historique et statistique sur le Syndicat Industriel du Haut-Rhin*, par Lazare Lantz, Mulhouse, Vve. Bader 1873. Brandt, a.a.O., gibt für die Textilindustrie daraus folgende Zahlen:

	Broches	Métiers à tisser	Machines à imprimer
France: Départements du Haut-Rhin, Bas-Rhin, Vosges, Meurthe et Moselle	2131744	48536	100
Allemagne: Ensemble du Zollverein	3000000	37000	100
Oder: Haut-Rhin	1417290	28539	100
Grand-duché de Bade	350000	7000	20

ähnlich. Die Argumente gegen eine Angliederung der industriell hochentwickelten Gebiete des oberen Elsasses an Deutschland wurden beispielsweise in der Textilindustrie folgendermaßen vertreten: «Die Angliederung des Elsasses würde die Produktionskapazität des Zollvereins verdoppeln, ohne anderseits eine wesentliche Erhöhung des Absatzgebietes zu bringen. Das bedeutete den Zusammenbruch der deutschen *und* elsässischen Industrie und würde auf volkswirtschaftlichem Gebiet den militärischen Sieg zunichte machen; anderseits könnte das besiegte Frankreich seine Industrie außerhalb des Elsasses wieder aufbauen, während die englische Industrie sowohl den deutschen wie den französischen Markt mit Waren überschwemmen könnte»[39]. In dieser Befürchtung richteten die deutschen Industriellen verschiedene Eingaben und Vorstellungen an die Behörden und an den Hof, mit dem Ziel, die drohende Einverleibung der oberelsässischen Industriegebiete zu verhindern[40]. Bismarck sah die Gefahr, er mußte nach einer Lösung der Frage suchen. Im September 1870 scheint er erstmals eine Abtretung dieser Gebiete um Mülhausen herum an die Schweiz erwogen zu haben, und da kurz nachher in der Schweizerpresse Andeutungen darüber gemacht wurden, darf angenommen werden, der preußische Gesandte in der Schweiz habe in Bern sondiert, wie sich der Bundesrat dazu stelle. Nach den Gesandtschaftsberichten Hammers sprach man in Berliner politischen Kreisen auch Ende des

---

[39] BRANDT, a. a. O.

[40] Es sind folgende Eingaben bekannt:

1. Petition der deutschen Baumwoll-Industriellen vom 13. 9. 1870 an Graf Bismarck, in der vorgeschlagen wird, es sei bei der Einverleibung des Elsasses das Gebiet des Oberelsasses auszuschließen.
2. Rapport der Firma Koechlin-Baumgartner in Lörrach vom 15. 10. 1870 an den badischen Ministerpräsidenten in Karlsruhe. Gleicher Vorschlag, dem sich auch die in Stuttgart tagenden Industriellen Süddeutschlands anschließen, in einer dem preußischen König zugeschickten Adresse.
3. Petition von 16 Delegierten der deutschen Baumwollindustrie vom 3. 10. 1870 an den preußischen König, mit dem gleichen Vorschlag.
4. Erklärung vom 4. 12. 1870 der Versammlung der Industriellen der Metallindustrie, die in Mannheim tagten, ebenfalls gegen die Annexion der Industriegebiete des oberen Elsasses.
5. Erklärung der Handelskammer von Plauen in Sachsen gleichen Inhalts. (BRANDT, a. a. O.)

Jahres 1870 wieder von einer Abtretung der Stadt Mülhausen an die Schweiz, als die Stimmung wegen des überraschend starken Widerstandes der Franzosen vor Paris auf einem tiefen Punkt stand[41].

Wie verhielt man sich nun in der Schweiz gegenüber diesen Projekten? Schon Mitte September 1870 berichtete Baron Ottenfels nach Wien, die Schweizerpresse zeige sich über die deutschen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen auf das Höchste beunruhigt. Er schrieb: «On peut dire que la Presse Suisse toute entière combat en ce moment ce projet d'annexion qu'elle déclare injuste envers la France, dangereux pour la paix future de l'Europe et nuisible même aux intérêts de l'Allemagne. Ce que les journaux suisses ne disent encore que timidement, mais ce que tout le monde ici reconnait, c'est que l'annexion de l'Alsace et de la Lorraine à l'Allemagne, c'est-à-dire à la monarchie militaire prussienne, rend tout à fait impossible et illusoire la neutralité helvétique»[42]. Als dann im Oktober französische Blätter über Verhandlungen zwischen Bismarck und dem schweizerischen Bundesrat zu berichten wußten, dementierte der offiziöse Berner «Bund» diese Gerüchte energisch. Es sei falsch, daß die schweizerische Landesregierung eine Vergrößerung des Territoriums anstrebe, und vor allem entspreche es nicht den Tatsachen, daß Bismarck der Schweiz einen Teil des Elsasses angeboten habe[43]. Aber einen Monat später, am

---

[41] Es ist allerdings bemerkenswert, daß Moritz Busch, der „Eckermann" Bismarcks, in seinen Aufzeichnungen vom 8. 11. 1870 die Neutralisierung von Elsaß und Lothringen, die Verbindung derselben mit Belgien und mit der Schweiz usw. als «sehr seltsame Einfälle» bezeichnet. Moritz Busch: *Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich*, 7. A. Leipzig 1890. S. 278.

[42] Baron Ottenfels nach Wien, am 17. 9. 1870.

[43] «Der Bund», 13. 10. 1870: «Daß Hr. von Bismarck der Schweiz speziell einen Teil des Elsasses habe anbieten lassen, ist ebenso unwahr wie die Behauptung von allgemeinen Negociationen im angegebenen Sinn. Die Schweiz wird sich wohl hüten, aus der Hand des Hrn. von Bismarck oder irgend eines andern Diplomaten ein Ländergeschenk entgegenzunehmen. Der einzige denkbare und mögliche Fall einer Gebietserweiterung für die Schweiz wäre der, daß von allen interessierten Staaten im Einverständnis und mit Zustimmung der betreffenden Bevölkerung ein Landstrich neutralisiert und dem neutralen Gebiet der Schweiz zugeschieden werden wollte».

19. November 1870, meldete der französische Gesandte in Brüssel, Albert Tachard, in einem Chiffre-Telegramm den Regierungsmitgliedern in Tours: «Je suis informé d'une négociation entamée par M. de Bismarck avec la Suisse pour un échange de territoires: rectification des frontières vers Schaffhouse d'un côté, et Mulhouse de l'autre»[44].

Zunächst fand die Angliederung des Gebietes um Mühlhausen an die Schweiz in der schweizerischen öffentlichen Meinung keine Gegenliebe. Dies geht daraus hervor, daß zwei vermutlich von Dr. Abraham Roth verfaßte, in der «Sonntagspost» vom 18. und 25. September 1870 erschienene Zeitungsartikel, in denen die Einverleibung Nordsavoyens, des Pays de Gex und eine Ausdehnung der schweizerischen Nordwestgrenze bis zur direkten Linie Delle-Hüningen (also unter Ausschluß Mülhausens) gefordert wurde, bei den übrigen Blättern auf einmütige, zum Teil entrüstete Ablehnung stießen. Diese Artikel beweisen aber auch das Echo, das der Plan einer Ausdehnung der Schweiz in der Nordwest-Richtung, und zwar in der jahrhundertealten Südost-Nordwestachse des Freistaates Bern, in der Schweiz fand. Noch deutlicher bezeugt dies der Brief von Andreas Rudolf von Planta an Bundesrat Carl Schenk vom 23. September 1870, in dem als Freunde einer Anschlußpolitik neben dem Bundespräsidenten Dubs genannt werden: der Direktor des Eidgenössischen Statistischen Amtes in Bern, Dr. Max Wirth, ein Mann namens Hofstadter, dazu der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundesrat Emil Welti, und Dr. Abraham Roth, einer der originellsten und besten schweizerischen Journalisten des 19. Jahrhunderts[45]. Da General von Roeder, der

---

[44] Brandt, a. a. O.

[45] Hermann Böschenstein: *Eine Warnung Andreas Rudolf von Plantas an den Bundesrat im Siebziger Krieg.* Bündnerisches Monatsblatt, Heft Nr. 9, Sept. 1949: «Ich benütze den Anlaß, meinen etwelchen Schrecken darüber auszudrücken, daß selbst in *bundesrätlichen*, dem Departement des Äußern zunächst stehenden Kreisen der preußische ‚Köder' von einem Fetzen Savoyen und Mümpelgard usw. zu verfangen scheint! Wollte, der Kuckuck holte den Abmetzger der Republik Frankfurt, General von Roeder, Max Wirth meinen alten Freund, Hofstadter und alle diejenigen, welche einen Welti und Freund Abraham Roth zu solchen preußischen ‚Treibjägern' herangebildet haben! Da sollen wir die ersten sein, um der französischen Re-

preußische Gesandte in der Schweiz[46], in diesem Schreiben namentlich erwähnt wird, darf angenommen werden, er habe vor dem 20. September 1870 dem Bundespräsidenten vertraulich und auf Weisung Bismarcks eine Beteiligung der Schweiz an der Aufteilung des Elsasses vorgeschlagen. Es ist sicher, daß dieses Anerbieten vor den Waffenstillstandsverhandlungen in Ferrière vom 20. und 21. September erfolgt sein mußte, denn Bismarck dachte bis zum Zusammentreffen mit Jules Favre noch nicht an eine Annexion des ganzen Elsasses[47].

In Bern war nun aber das Interesse für die oberelsässischen Gebiete erwacht. Bundesrat Welti verlangte schon am 12. September

---

publik zu gratulieren, sollen Humanität heucheln gegen die Straßburger — und handkehrum dann helfen, dem armen Frankreich die Fetzen aus seinem eigenen Fleisch herauszuschneiden — und wozu? Um ewig als *schuldbewußte* Sünder der diplomatischen Schlange, die uns den Apfel gereicht, dankbar und ‚verpflichtet' zu bleiben!... Laßt Euch von Preußen nicht *korrumpieren!* Laßt Euch mit diesem Sündenlohn nicht kaufen für die deutsche Politik und an das ‚Hohenzollernsche Empire' ketten! Die Bundesversammlung wird auch nie so etwas gutheißen. Selbst die ‚Chauvinisten' des Bundesrates (und dergleichen habt Ihr bereits ein schönes Häuflein gesammelt und diszipliniert) werden kaum zustimmen dürfen. Also nur keine *Annexionsgelüste* gegenüber einem geschlagenen, schwer blutenden ‚Freund'».

Erläuterungen: *Mümpelgard* = Montbéliard. *Abmetzger der Republik Frankfurt* = Bismarck. *Hofstadter* = vermutlich Gustav Hoffstetter in Thun, 1818—1874; seit 1866 Eidgen. Oberinstruktor der Infanterie, bekannter Militärschriftsteller; vgl. *HBLS* IV 263. Auf ihn, resp. seine Gedanken einer Besserung der strategischen Position der Schweiz und Vergrößerung der Schweizerarmee (10. Division) durch Angliederung französischer Gebiete spielt Planta im angeführten Brief besonders an. Hoffstetter stammte ursprünglich aus Aschaffenburg. *Max Wirth* ebenfalls aus Deutschland. *Humanität heucheln gegen die Straßburger* = Anspielung auf die großzügige Hilfeleistung der Schweiz an die Stadt Straßburg. Vgl. «Bund» v. 23. 9. 70. Minister Kern war in Paris am 12. 9. 1870 Mittelpunkt einer stürmischen Dankkundgebung der Bevölkerung für die Schweizerhilfe an Straßburg.

[46] Generalleutnant Maximilian Heinrich von Roeder war 1867—1871 Gesandter des Norddeutschen Bundes, 1871—1882 Gesandter des Deutschen Reiches in Bern.

[47] Erich Eyck: *Bismarck. Leben und Werk*, Band II, Erlenbach-Zürich 1943, S. 509: «So haben wir uns jetzt auf Frankreichs Boden geworfen und werden ihn nicht eher räumen, als bis unsere Bedingungen angenommen, d. h. Straßburg und Metz abgetreten sind» (Bismarck zu Edwart Malet).

vom Chef des eidgenössischen Stabsbüros, Oberst Siegfried, einen «Bericht über die Grenzverhältnisse zwischen Frankreich und der Schweiz»[48], den er am 22. September zugestellt erhielt und am 24. dem Bundespräsidenten Dubs weiterleitete. Darin stellt Siegfried zunächst fest, daß die Schweiz seit der Annexion Savoyens durch Frankreich weniger gut in der Lage sei, ihrer Neutralitätsverpflichtung nachzukommen, d.h. einen französischen Vorstoß durch Schweizergebiet nach Süddeutschland zu verhindern. Falls Deutschland durch die Annexion des Elsasses die Festungen Belfort, Straßburg und die Barriere der Vogesen gewinne, so sei künftig der Weg der Franzosen durch die Schweiz noch stärker vorgezeichnet. Um einen solchen Stoß zu verunmöglichen, genüge die jetzige strategische Position der Schweiz nicht mehr. Es sei deshalb aus militärischen und politischen Gründen wichtig, daß die Schweiz den Ausgangspunkt einer solchen Aktion in die Hand bekomme, d.h. sie solle die Angliederung des Departements de la Haute Savoie in seinen jetzigen Grenzen anstreben. Über die Nordwestgrenze schreibt Siegfried:

«Auf dem nördlichen Teil der französisch-schweizerischen Grenze ist in militärischer Beziehung der Übelstand fühlbar, daß wir nicht einmal den Raum dazu haben, die Stadt Basel *vor derselben* zu verteidigen. Auch fehlt uns die gerade Verbindung zwischen Pruntrut und Basel *vor* dem Jura, so daß die zwei Hauptpunkte der Verteidigung der nordwestlichen Schweiz nur auf dem langen rückwärtigen Bogen durch das Birstal und über den Repätsch verbunden sind. — Wenn das Elsaß zu Deutschland kommt, so fallen diese Übelstände gegenüber Frankreich weg, sind dann aber ebenso fühlbar gegenüber Deutschland. Bei einer Grenzveränderung im Elsaß sollte daher das Ziel verfolgt werden, daß die Straße von Basel über Pfirt nach

---

[48] Bundesrat Welti verlangte ein Gutachten, um nach der militärischen Seite hin vorbereitet zu sein, falls bei der gegenwärtigen politischen Lage die schweizerischen Grenzverhältnisse wieder zur Sprache kämen. Dabei wollte er zwei Fragen beantwortet haben:

1. «Welche Grenzregulierungen stellen sich vom militärischen Gesichtspunkt auf der jetzigen schweizerisch-französischen Grenze als notwendig heraus?
2. Welche weiteren militärischen Forderungen in bezug auf die schweizerisch-französischen Verhältnisse wären überdies geltend zu machen, z. B. in bezug auf Grenzfestungen etc.»

Diese beiden Fragen seien mit Rücksicht auf die Eventualität zu beantworten, daß das Elsaß inkl. Belfort an Deutschland übergehe.

Miécourt im Pruntrutischen in unsere Grenzen fällt, indem diese von Bonfol bis unterhalb Hüningen an den Rhein gezogen werden. Natürliche Linien sind hier keine vorhanden. — Eine solche Grenzerweiterung sollte im Fall der Vereinigung des Ober-Elsaß mit Deutschland nicht so schwierig zu erhalten sein, weil Deutschland kein Interesse an diesem kleinen Gebiete haben kann und indem es Frankreich genehm sein müßte, seine Verbindung mit Basel nicht durch deutsches Gebiet unterbrochen zu sehen».

Während man also in militärischen Kreisen vorerst lediglich an eine Grenzbereinigung bei Basel dachte, gingen die Spekulationen des Bundespräsidenten Dubs weiter. Am 24. September legte er dem Bundesrat einen Bericht über die Bedeutung des Überganges von Elsaß-Lothringen an Deutschland für die Schweiz vor und stellte den Antrag, es sei den kriegführenden deutschen Staaten eine schweizerische Note gegen die Annexion des Elsasses zukommen zu lassen. Im Entwurf zu dieser Note behandelt Dubs zunächst eingehend die Savoyerfrage[49]; er nimmt die Gedanken von

[49] Entwurf von Dubs im Bundesarchiv Bern, Akten EMD «Angeregte Grenzverbesserung im Elsaß»: «Das Projekt, Elsaß und einen Teil von Lothringen von Frankreich abzutrennen und mit Deutschland zu verbinden, erregt in der öffentlichen Meinung der Schweiz lebhafte und ernste Besorgnisse. Daß Frankreich zur Sühne angehalten wird für einen Friedensbruch, der gegenwärtig selbst von den französischen Behörden als ein mutwilliger anerkannt wird, findet das schweiz. Volk zwar völlig gerechtfertigt, zumal es von den Folgen dieses Friedensbruches selbst in empfindlicher Weise mitberührt wurde. Dagegen ist der Wunsch allgemein, daß jetzt diesem verderblichen Kriege ein dauerhafter Friede zwischen den beiden, der Schweiz gleichmäßig befreundeten Nationen folge und daß deshalb die Bedingungen des Friedens so eingerichtet werden möchten, daß sie auch von den Besiegten mit Ehren angenommen und festgehalten werden können. Von der Verwirklichung der Einigung genannten Projektes, das auf Doktrinen beruht, die für den Besitzstand aller europäischen Staaten bedrohlich sind, fürchtet die schweizerische Bevölkerung aber den Anlaß zu neuen Kriegen.

Wenn der Bundesrat sich die Freiheit nimmt, diese Ansichten und Wünsche der schweizerischen Bevölkerung gegenüber den hohen kriegführenden deutschen Staaten offiziellen Ausdruck zu verleihen, so veranlassen ihn dazu, außer den angeführten allgemein politischen, auch noch gewisse näher liegende besondere Interessen, deren Wahrung seiner besonderen Obhut speziell anvertraut sind. Der Übergang jener genannten Provinzen an Deutschland würde nämlich unzweifelhaft große und dauernde Rückwirkungen auf die politische Stellung der Schweiz im Ganzen und auf einzelne Teile derselben im Besonderen zur notwendigen Folge haben, weshalb

Oberst Siegfried auf und versucht auch, das Interesse Süddeutschlands an einer sofortigen, die Schweiz zufriedenstellenden Lösung der Savoyerfrage nachzuweisen. Dann schreibt er:

«Der Übergang des Elsasses an Deutschland hätte aber auch auf der schweizerischen Nordwestgrenze bei Basel bedeutende Rückwirkungen auf die schweizerischen Interessen. Wenn deutscherseits die Wünschbarkeit einer

---

sich der schweizerische Bundesrat für verpflichtet erachtet, noch rechtzeitig auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen, damit sie bei den Friedensverhandlungen mit in Erwägung gezogen werden können.»

Nach einer Darlegung der schweizerischen Rechte auf Savoyen schreibt Dubs: «Trotz dieser gewiß mehrfach illoyalen Handlungsweise der kaiserlich-französischen Regierung gegenüber einem schweizerischen Nachbarstaate hätte sich der schweizerische Bundesrat nicht veranlaßt gefunden, diesen Punkt gegenwärtig zur Sprache zu bringen, in der Hoffnung, daß eine nachfolgende französische Regierung von sich aus geneigt sein werde, das begangene Unrecht wieder gutzumachen und bei einer ersten Gelegenheit den Verpflichtungen des Turiner Cessionsvertrages im Einverständnis mit den französischen Mächten nachzukommen, wenn nicht durch die projektierte Gebietsänderung auf ihrer Nordwestgrenze die der Schweiz von Savoyen her drohende Gefahr in hohem Grade vermehrt wird». Ein künftiger Krieg Frankreichs gegen Deutschland werde mit einer Überrumpelung der Schweiz von Savoyen her begonnen werden. Die französischen Militärschriftsteller hätten schon bisher diese Pläne behandelt, es heiße im Lehrbuch der Militärschule St. Cyr von Lavallé S. 190: «Cette neutralité est aujourdhui garantie par la possession de la Savoie, au moyen de laquelle on tourne et menace toute la Suisse, ce qui rassure la frontière du Jura et même la trouée de Belfort». — «Nach Ansicht des schweiz. Bundesrates erwächst daher der Schweiz aus der beabsichtigten Verbindung von Elsaß und Lothringen mit Deutschland eine große Gefahr. Frankreich wird fast genötigt, den ersten Angriff auf sie zu richten, und sie wird gewissermaßen schutzlos diesem Angriff bloßgestellt. Allein diese Gefahr ist nicht bloß für die Schweiz vorhanden, denn der Angriff auf sie wird nur Mittel sein, nicht Zweck. Letzterer wird Süddeutschland gelten, das in diesem Punkt ganz identische Interessen mit der Schweiz hat». Dann gibt Dubs dem Wunsch Ausdruck, die deutschen Staaten mögen auf die Annexion von Elsaß-Lothringen verzichten, dann würde die Schweiz auch die Savoyerfrage in einem späteren Zeitpunkt aufrollen. Falls aber eine Angliederung zustande käme, müßte der Bundesrat dringend wünschen, daß gleichzeitig auch die Savoyerfrage gelöst werde. — Nach der oben geschilderten Darlegung des schweizerischen Interesses am Elsaß wird der Hoffnung Raum gegeben, daß durch die geplanten Territorialveränderungen die europäische Stellung der Eidgenossenschaft nicht geschwächt werde.

Erwerbung des Elsasses, abgesehen von den schon berührten strategischen Rücksichten, vornehmlich auf das Verhältnis früherer Zugehörigkeit dieses Landesteils zu Deutschland gestützt wird, ist jener historische Rechtstitel denn doch für einen sehr wesentlichen Teil des oberen Elsasses (des jetzigen Departements du Haut-Rhin) nicht begründet. Der Hauptpunkt des oberen Elsaß ist die Stadt Mülhausen. Es ist nun allgemein bekannt, daß die Stadt Mülhausen von der Reformation bis zur französischen Revolution, also während mehrerer Jahrhunderte, ein zugewandter Ort der schweizerischen Eidgenossenschaft war und daß dieses Verhältnis nicht etwa gewalttätig gelöst wurde, sondern daß die Stadt Mülhausen sich dann in freier Entschließung mit der fränkischen Republik vereinigte. Für den Fall einer Änderung der bestehenden Verhältnisse im Sinne der Rückkehr zu früheren Zuständen hätte somit nicht Deutschland, sondern die Schweiz das nächste Anrecht auf diesen Landesteil».

Der schweizerische Bundesrat sei nun aber weit entfernt, einen solchen Anspruch erheben zu wollen, denn es sei ihm wohlbekannt, daß Mülhausen und das ganze von ihm mit Industrie «erfüllte» Departement du Haut-Rhin mit Frankreich durch politische und namentlich auch durch volkswirtschaftliche Interessen aufs engste verbunden sei, so daß eine Ablösung dieses Landesteiles von Frankreich Nachteile zur Folge haben werde, welche zum Flächenraum dieses Gebietes und zu den Vorteilen, die dritten Staaten aus dessen Erwerbung zufließen möchten, in gar keinem Verhältnis stünden.

Dieser Antrag, in dem ebenfalls keine direkten Ansprüche der Schweiz formuliert wurden, blieb jedoch in der Sitzung des Bundesrates vom 28. September 1870 in Minderheit. Bundesrat Welti gab dabei ausdrücklich zu Protokoll, daß er grundsätzlich dem Antrag des Politischen Departementes beigestimmt habe. Was die Landesregierung zu dieser Ablehnung veranlaßte, geht aus den Akten nicht hervor, vermutlich war es die scharfe und eindeutige Haltung der öffentlichen Meinung in der Schweiz[50]. Angesichts der immer

---

[50] «Der Bund» v. 27. 9. 1870 brachte unter dem Titel «Die Neutralität von Savoyen und unsere Westgrenze» eine scharfe Ablehnung jeder Gebietserweiterung auf Kosten Frankreichs aus der Hand des Siegers. Am 28. 9. warnte die Zeitung in einem Artikel «Die Schweiz und der Frieden» vor einer Ausnützung der gegenwärtigen Lage Frankreichs. Am 30. 9. gab der «Bund» in einem Beitrag «Die Wiedergewinnung von Elsaß und Lothringen und die Schweiz» Antwort auf zwei Artikel des «Schwäbischen Merkurs», die es darauf abgesehen hatten, die Besorgnisse der Schweiz wegen der

schärfer formulierten Annexionsbegehren der Deutschen blieb die ernste Besorgnis auch in den folgenden Wochen bei Behörden und Volk vorhanden, und der Eindruck verdichtete sich immer mehr, daß bei einem Übergang von Elsaß an Deutschland auch die Schweiz lebenswichtig bedroht werde. Neben den historischen Gründen wurden dabei vor allem wirtschaftliche und militärische ins Feld geführt. Ein Mitglied des Bundesrates teilte dem österreichischen Gesandten die Meinung, daß in einem künftigen Krieg ein französischer Angriff auf Deutschland durch die Schweiz geführt werden müsse, in den Worten mit: «On nous passera sur le corps»[51]. Da eine Neutralitätspolitik nicht mehr aufrecht erhalten werden könne, werde die Schweiz gezwungen, sich einer Mächtegruppe anzuschließen. Dadurch, daß die Grenze gegen die deutsche Militärmacht um 45 km vergrößert würde, drohe Basel eine gefährliche Isolierung, die noch verhängnisvoller als jene Genfs sein werde. Unter den angeführten wirtschaftlichen Erwägungen tritt das Interesse der Schweiz an einer direkten Verbindung Basel-Belfort-Paris hervor, die nicht über deutsches Gebiet führt, während die engen Beziehungen schweizerischer Finanzkreise zur Mühlhauser Industrie und die Tatsache, daß Mühlhausen mit seinen Niederlassungen französischer Großbanken seit langer Zeit «nicht nur der Geldmarkt Basels, sondern beinahe der ganzen nördlichen Schweiz»[52] sei, nicht gern in den Vordergrund gestellt werden.

Vereinigung des Elsasses mit Deutschland zu zerstreuen. Darin hieß es: «Wir betrachten sie als einen des deutschen Volkes nicht würdigen Akt der Eroberungspolitik und endlich als ein Unrecht gegen die Bevölkerung der zu annexierenden Provinzen». Am 2. 10. wurde ebenfalls im «Bund» betont, die Annexion bedeute eine doppelte Gefahr, nämlich die Umfassung Basels und die starke Betonung des Nationalitätenprinzips. Aber man glaube, daß auch die deutschen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

[51] Am 27. 9. 1870 weist Baron Ottenfels in seinen Ges. Ber. auf die aufsehenerregenden Artikel in der «Sonntagspost» hin, «qui passe pour avoir des attaches avec le Palais fédéral. Aussi, malgré le dénégation du journal, beaucoup de personnes croient que les articles en question ont été inspirés par le gouvernement et sont déstinés à sonder l'opinion publique». Diese zeige sich jedoch im allgemeinen «récalcitrante».

[52] «Der Bund» 4. 10. 1870. Ges. Ber. Ottenfels v. 17. 12. 1870.

Die Unterredung vom 23. Februar 1871

Als Ende Januar 1871 zwischen Bismarck und Jules Favre der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, kam der schweizerische Bundesrat noch einmal auf den Antrag von Dubs zurück. Nach mehrstündiger Beratung faßte er am 2. Februar 1871 auf Antrag von Carl Schenk den Beschluß[53]:

---

[53] Dem Entwurf von Bundespräsident Schenk vom 1. 2. 1871 zu diesem Antrag können folgende Leitgedanken entnommen werden: Es sei jetzt der Moment gekommen, wo die Schweiz darüber schlüssig werden müsse, ob ein letzter Versuch zur Einwirkung auf den im Entstehen begriffenen Friedensvertrag gemacht werden sollte. Die Forderungen der Schweiz in der Savoyerfrage, nämlich die Aufhebung ihres Verhältnisses «zu den neutralisierten savoyischen Provinzen und Ersetzung derselben durch vollständige Einverleibung eines zu bestimmenden Rayons savoyischen Landes mit der Schweiz behufs Herstellung einer besseren strategischen Grenze», könnten jetzt nicht mit Erfolg erhoben werden. Denn es sei kompromittierend für die Eidgenossenschaft, wenn in den Verhandlungen die Deutschen diese Forderungen stellten. Dazu würden die deutschen Unterhändler voraussichtlich auch nicht Hand bieten, gehe es für sie in erster Linie doch darum, ihre eigenen, weitgehenden Forderungen (Elsaß-Lothringen) durchzusetzen. Frankreich werde zudem jegliche Klausel im Friedensvertrag über Savoyen ablehnen. «Guten Willen zur Erfüllung eines aufgenötigten Artikels, der einen schwächern Staat angeht, welcher diesen Weg der Benutzung eines Friedens eingeschlagen hat, von Frankreich hoffen zu wollen, wäre mehr als naiv».

Anders liege es beim zweiten Postulat der Schweiz, nämlich bei der Forderung nach «Abtretung einer bestimmten Gebietsstrecke des Oberelsasses an die Schweiz behufs größerer Sicherung unserer nördlichen Grenze, namentlich der Stadt Basel». Die Nordwestgrenze werde vom Friedensschluß direkt berührt, hier seien militärische und wirtschaftliche Interessen der Schweiz mitbetroffen. Schenk sieht zwei Möglichkeiten, wie die Nachteile der voraussichtlichen Gebietsveränderungen aufgehoben werden könnten:

1. dadurch, daß der obere Teil des Elsasses von Deutschland nicht annektiert, sondern bei Frankreich belassen würde,
2. dadurch, daß dieser Teil zur Schweiz geschlagen würde.

Die erste Möglichkeit sei für die Schweiz und für Deutschland nachteilig, weil sie militärisch unmöglich sei. Die zweite Möglichkeit sei jedoch ohne Mitwirkung der Schweiz bei den Verhandlungen undenkbar, zudem müßte die Angliederung oberelsässischen Gebietes von den Garantiemächten der schweizerischen Neutralität vertraglich geregelt werden. Es müßte also das

1. Es sei in der Savoyerfrage momentan kein weiterer Schritt zu unternehmen.
2. Es seien neu «bezüglich der schweizerisch-elsässischen Grenze dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem deutschen Reichskanzler mündlich konfidentielle Eröffnungen in dem Sinne zu machen, daß im Friedensvertrag für den Fall, daß Lothringen und Elsaß von Frankreich abgetrennt werden sollten, zur Sicherung dadurch bedrohter schweizerischer Interessen, eventuell der südlichste Teil des Elsasses der Schweiz vorbehalten würde».
3. Es sei Minister Kern mit dieser Mission zu beauftragen.
4. Das Eidgenössische Militärdepartement sei einzuladen, ein Gutachten über die im Elsaß anzustrebende neue Grenze vorzulegen.

Eine in einer zweiten Sitzung gleichen Tags angenommene Ergänzung zu diesem Beschluß schreibt Dr. Kern vor, er müsse *zuerst* mit dem französischen Außenminister unterhandeln. Erst wenn keine Zurückweisung der territorialen Wünsche der Schweiz erfolge, könne er vertraulich auch mit dem deutschen Hauptquartier verhandeln, nur müsse er von vorneherein im Auge behalten, daß eine Grenzberichtigung im Elsaß *nie* von Gegendiensten der Schweiz, etwa von einer Abtretung rechtsrheinischer Gebiete abhängig gemacht werden dürfe[54]. Nach Bundesrat Dubs ging es darum, den Versuch zu machen, daß im Friedensvertrag gewisse

vorläufige Ziel der Schweiz sein, im Friedensvertrag zwischen Deutschland und Frankreich eine solche «Zuschiebung» von Territorium, unter Vorbehalt eines künftigen Vertrages, zu erreichen. Frankreich wäre wahrscheinlich nicht begeistert über eine solche Lösung, doch könne es im Moment nicht opponieren. Es sei dagegen möglich, daß Deutschland eine solche Forderung der Schweiz entgegenkommend behandeln würde, doch bestehe Gefahr, daß die während des Krieges mehrfach lautgewordene Forderung nach Abtretung rechtsrheinischer Gebiete von Schaffhausen und Basel auftauche. Um dieser Gefahr auszuweichen, beschränke sich die diplomatische Aktion der Schweiz darauf, «in rein konfidentieller Weise die Angelegenheit sowohl bei dem französischen Minister des Auswärtigen als dem deutschen Reichskanzler zur Sprache zu bringen, die hierseitigen Anschauungen über die nachteiligen Rückwirkungen einer Annexion des ganzen Elsasses an Deutschland auf die schweizerische Neutralitätsstellung offen darzulegen; die Wünsche, zu denen diese Sachlage schweizerischerseits veranlasse, andeuten und ermitteln zu lassen». Man würde aber sofort auf alle Schritte verzichten, wenn die Deutschen baslerisches oder schaffhausisches Gebiet als Kompensation fordern würden.

[54] Prot. Bundesrat v. 2. 2. 1871, Akten Pol. Dep.

Interessen der Schweiz mitberücksichtigt wurden. Es gelte, «die Abtretung eines bestimmten Grenzgebietes des Oberelsaß an die Schweiz zu erreichen»[55].

Welches waren die erstrebten Gebiete? Im Gutachten des Eidgenössischen Militärdepartementes, das Kern in die Hand bekam, wurde auf die Kämpfe an der Lisaine hingewiesen, die bewiesen hätten, wie sehr der Pruntruterzipfel bedroht sei, wenn künftig Frankreich gegen die verlorenen Festungen Belfort und Straßburg offensiv vorgehen werde. «Die Verbesserung unserer Westgrenze ist eine Bedingung für einen erfolgreichen Widerstand» der Schweiz gegen einen Angreifer. Die dem schweizerischen Gesandten in Paris zur Verfügung gestellten Karten lassen erkennen, daß es dem Bundesrat darum ging

1. den Pruntruterzipfel auszuweiten bis zum Doubs-Bogen,
2. Gelände für eine direkte Bahnverbindung zwischen Basel und Belfort zu bekommen,
3. die Isolierung Basels zu verhindern.

Als gewünschte und vom militärischen Standpunkt aus gerechtfertigte neue Landesgrenze wurde deshalb vorgeschlagen: Das rechte Ufer des Doubs von Brémoncourt bis Audincourt, von hier die Straße nach Norden bis zur Kanalbrücke nördlich Exincourt, dann der Rhein-Rhone-Kanal bis Kembs und das linke Rheinufer bis Basel[56]. Damit wollte man Basel ein Vorland geben und der Schweiz ein Gebiet einverleiben, das etwas kleiner war als der Kanton Freiburg, mit einer Bevölkerung von 50—60000 Menschen, «welche glücklich wäre, sich in unsere Arme zu werfen, und unsere Armee, jetzt schon, um ein Halbdutzend Bataillone vermehren würde»[57]. Obwohl es sich um Territorialfragen, also um Fragen

[55] Vertrauliches Schreiben von Dubs an Kern v. 2. 2. 1871, in dem der offizielle Auftrag erläutert wird.

[56] Gutachten des EMD v. 4. 2. 1871, zum Vortrag des Pol. Dep. v. 23. 2. 1871. Die gleiche Grenze schlägt Großrat J. G. Ringier-Suter in Zofingen in einer Eingabe an den Bundesrat v. 6. 2. 1871 vor. Darin heißt es: Der Bundesrat sollte dieses Gebiet zu erreichen suchen, «sei es gegen eine Aversalentschädigung, sei es als Preis der für die Aufrechterhaltung der Neutralität gebrachten Opfer».

[57] Eingabe Ringier.

von höchster politischer Bedeutung handelte, scheute sich der Bundesrat, diese Wünsche und Forderungen klar, in Form der üblichen diplomatischen Noten zu erheben. Da auf die öffentlichen Verkehrsmittel kein Verlaß war, übergab Bundespräsident Schenk die Instruktionen an Kern einem nach Paris reisenden Vertrauensmann[58]. In einem persönlichen Begleitbrief bezeichnete Schenk die Aufgabe, eine Abtretung bestimmter Gebiete des Oberelsasses an die Schweiz zu erreichen, als äußerst schwierig und delikat, weil es große Vorsicht erfordere, die Gedanken des Bundesrates so anzubringen, daß Mißverständnisse ausgeschlossen seien. Paris war damals noch abgeschnitten.

«Bei der Schwierigkeit und Unsicherheit der Kommunikationen dürfte es auch unmöglich sein, leicht und ohne Gefahr für die Sache weitere Instruktionen zu verlangen und zu erteilen, so daß, entscheidende Schritte vorbehalten, die ganze Führung dieser Angelegenheit in *Ihren* (Kerns) Händen ruht, dem Bundesrat und dem Unterzeichneten speziell zu großer Beruhigung. Wir sind überzeugt, daß, wenn Sorge für das Interesse des Landes, Einsicht und Eifer in die vorliegende Angelegenheit etwas zu erreichen vermögen, Ihnen dies gelingen wird»[59].

Als Unterlage für die Verhandlungen dienten Kern das militärische Gutachten mit fünf Militärkarten, ein staatswirtschaftliches Gutachten des Handels- und Zolldepartementes (Bundesrat Naeff) und eine Eingabe des Standes Bern vom 8. Februar, in der Schritte dafür gefordert wurden, daß die Gegend von Delle nicht an Deutschland falle. Außerdem orientierte ihn William de la Rive mündlich über die Ansichten des Bundesrates, wobei aber den beiden Männern berechtigte Zweifel an der bundesrätlichen Politik aufstiegen[60]. Da die ihm übermittelten Unterlagen — vor allem die Ein-

---

[58] Die Instruktion v. 2. 2. 1871 überbrachte Altkonsul Adelrich Benziger aus Einsiedeln, das Schreiben vom 8. 2. 1871 William de la Rive aus Genf.

[59] Vertrauliches Schreiben v. Bundespräsident Schenk an Kern v. 8. 2. 1871.

[60] Vgl. Schreiben v. William de la Rive an Bundespräsident Schenk v. 18. 2. 1871, von dem Herr H. Böschenstein dem Verf. liebenswürdigerweise Kenntnis gab. Darin heißt es u. a.: «J'ai beaucoup réfléchi à la question dont vous m'avez fait l'honneur de m'entretenir et, tout en communiquant à M. Kern votre message, j'en ai causé avec lui. Il me paraît en premier

gabe der Berner Regierung und das militärische Gutachten — sich zum Teil widersprachen, bat Kern den Bundesrat um eine nähere Präzisierung seiner Aufgabe. Schenk ordnete am 21. Februar eine Besprechung der drei interessierten Departementsvorsteher an; tags darauf, am 22. Februar, fand in Bern zur nähern Abklärung der schweizerischen Stellungnahme eine Konferenz zwischen den Vertretern des Bundesrates und Delegierten der Kantonsregierungen von Basel-Stadt und Bern statt. Hier zeigten sich ebenfalls Widerstände gegen die bundesrätlichen Aspirationen: die Regierungsräte Weber und Bodenheimer von Bern, Bürgermeister Stehlin und Rats-

---

lieu que le consentement de la France sera impossible d'obtenir — et voici pourquoi: Il se peut que la France doive subir l'humiliation et la douleur d'une cession de territoire — mais, dans ce cas elle ne voudra jamais, par une stipulation secondaire, paraître acquiescer, dans une certaine mesure, à un acte qu'elle est condamnée à subir, mais qu'elle n'entend pas accepter. En même temps et en vue d'une revendication ultérieure et d'une guerre future, elle ne saurait admettre une clause qui, au jour de cette revendication et de cette guerre constituerait la France en ennemi de la Suisse, donc: la Suisse en ennemi de la France. Me plaçant ainsi au point de vue des hommes d'état français, je me dis que je refuserais mon assentiment à un arrangement, bien que cet assentiment me convient à certains égards, mais qui serait néanmoins pour moi un amoindrissement moral, une brêche à un principe qui m'est sacré, et aussi pour l'avenir un danger éventuel. — Je me demande également s'il n'y aurait pas pour la Suisse un péril des plus sérieux, à profiter ou seulement à paraître profiter du triomphe d'une politique essentiellement faite pour exciter la défiance des états neutres et des puissances de second ordre. Le droit de la force, que ce soit l'Allemagne qui le pratique ou la France qui le prêche, est un droit destructif de tout ce qui assure notre indépendance et garantit notre existence. Si après une guerre la Suisse semble réclamer en quelque sorte pour prix de sa neutralité des compensations aux avantages quel que soit le vainqueur, elle gagnera quelque chose par la guerre. En réalité, elle ne sera plus neutre: surtout elle ne paraîtra plus l'être. — Des acquisitions ou des revendications de territoire ne me semblent désirables pour la Suisse et ne peuvent vraiment avoir lieu que si elles sont inspirées à la Suisse par une entente préalable des puissances ou résultent d'un droit contesté ou incontesté, peu importe, mais aux yeux de la Suisse elle-même, bien clair et positif. — Je me demande enfin s'il n'y aurait pas quelqu'inconvénient à s'ouvrir, auprès de M. de Bismarck, de projets qui l'amènerait tout naturellement à exprimer, sur certaines parties des cantons frontiers, des vues inadmissibles, des desseins dont le seul énoncé constituerait un précédent fâcheux et une menace».

herr Köchlin von Basel vertraten die Ansicht, daß militärische Erwägungen nicht in erster Linie wegleitend sein dürften. Man sollte sich bei der Intervention in Paris darauf beschränken, zu versuchen, daß ein Teil des oberen Elsasses französisch bleibe und von Deutschland nicht annektiert werde. Die wichtigste Aufgabe sei, die direkte Verbindung zu Frankreich zu erhalten. In zweiter Linie solle versucht werden, die künftig durch deutsches Gebiet führenden Eisenbahnen zu neutralisieren. Gegen eine Territorialforderung von solcher Tragweite, wie sie durch die Bundesräte erhoben wurde, äußerten die Kantonsvertreter schwere Bedenken, besonders auch, weil die Bevölkerung des südlichen Sundgaues der schweizerischen nicht «homogen» sei[61]. Vom Ergebnis dieser Konferenz erhielt Minister Kern keine Kenntnis. Indessen wünschte er sich für die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen zwei Experten als seine Berater. Der Bundesrat bezeichnete als solche Oberst Siegfried in Bern für die militärische und Bürgermeister Stehlin in Basel für die wirtschaftliche und politische Seite der Frage[62].

Die Einmischung der Schweiz in die Versailler Verhandlungen wurde dadurch erschwert, daß im gleichen Moment von deutscher und elsässischer Seite her ähnliche Interventionen erfolgten. Beinahe gleichzeitig mit Minister Kern bemühten sich Delegierte der Stadt Mülhausen unter Führung von Auguste Dollfuß, die Einverleibung des oberen Elsasses in das Deutsche Reich zu verhindern, denn die Mülhauser Bevölkerung wollte ganz entschieden bei Frankreich bleiben. Am selben Tag wie der schweizerische Gesandte sprach auch eine Delegation der süddeutschen Industrie in Versailles bei Bismarck vor, um ihn dringend zu bitten, die künftige strategische Grenze im Elsaß so festzusetzen, daß die wirtschaftlichen Interessen Süddeutschlands nicht geschwächt wurden. Sie wiesen noch einmal auf die Bedrohung der deutschen Industrie durch die Mülhauser hin und schlugen für den Fall, daß man die Industriekapazität Frankreichs entscheidend schwächen wolle, die Einverleibung des Gebietes um Mülhausen in die Schweiz

---

[61] Antrag Pol. Dep. v. 23. 2. 1871.

[62] Telegr. Kerns an den Bundesrat v. 22. 2. 1871, Prot. BR v. 24. 2. 1871. Hermann Siegfried 1819—1879, Oberst im Generalstab, *HBLS* VI, S. 361. Johann Jakob Stehlin 1803—1879, Bürgermeister in Basel, *HBLS* VI, S. 519.

vor[63]. Gleichzeitig liefen Verhandlungen mit dem französischen Außenministerium über einen Anschluß Mülhausens an die Schweiz, über die in der Mülhauser Zeitung «Expreß» später folgendes berichtet wurde:

«L'initiative du mouvement annexioniste partit bien de Loerrach, dans le grand-duché de Bade... Les industriels de Loerrach craignaient énormément l'entrée de Mulhouse dans le Zollverein allemand. Quelques-uns d'entre eux — les plus actifs furent MM. Baumgartner et Favre — s'abouchèrent avec les principaux fabricants de Mulhouse et firent de grands efforts pour lancer l'idée. Le consul de France à Bâle, M. Jules Koechlin, finit à la suite de différentes démarches, par prendre l'affaire en mains. Il adressa, en février ou mars 1871, un rapport sur la question à M. Jules Favre. Ce rapport de quatre pages, dont la minute pourrait être facilement retrouvée, exposait deux projets: l'un donnait à la Suisse tout le département du Haut-Rhin jusqu'à Colmar, l'autre annexait à la Confédération seulement la ville de Mulhouse et le territoire environnant jusqu'à Bâle»[64].

Im selben Moment tauchte auch das Projekt von Alfred Köchlin-Schwartz, dem Platzkommandanten von Mülhausen während des Krieges, auf, der ebenfalls das obere Elsaß mit der Schweiz vereinigt sehen wollte, für den Fall, daß es nicht gelang, die Gegend von Mülhausen Frankreich zu erhalten[65].

Nun mischte sich Minister Kern am 22. und 23. Februar 1871 in die Verhandlungen ein[66]. Zunächst setzte er sich mit Außen-

---

[63] Dollfuß berichtete darüber im «Temps» anfangs 1893: «Quant à l'envoi d'une délégation de trois membres auprès du Conseil fédéral suisse, on peut la démentir d'une manière absolue. Ce qui est vrai par contre, c'est que plusieurs industriels de Loerrach, du grand-duché de Bade et du Wurtemberg envoyèrent à M. de Bismarck une délégation pour lui demander que Mulhouse fût annexée à la Suisse. Les délégués exposèrent à M. de Bismarck leur crainte de voir leurs industries écrasées par la concurrence ruineuse de l'industrie de Mulhouse». BRANDT, a. a. O.

[64] BRANDT, a. a. O.

[65] BRANDT, a. a. O.: «Le projet Koechlin-Schwartz consistait à joindre Mulhouse et son territoire à la Suisse, en prenant, comme ligne de démarcation, d'un côté le canal qui part de Huningue pour amener les eaux du Rhin à Mulhouse, de l'autre une ligne tirée de Mulhouse jusqu'à Lutterbach et jusqu'à Niedermorschwiller...».

Dazu stehen teilweise im Widerspruch die Angaben im Tagebuch von Carl Schenk, vgl. BÖSCHENSTEIN, a. a. O., S. 119/120.

[66] Ges. Ber. Kerns v. 22. 2., 24. 2., 25. 2., 27. 2. 1871. — Vertrauliches

minister Favre ins Einvernehmen, dann ließ er sich von Adolph Thiers über den Stand der Friedensgespräche und vor allem über die deutschen Friedensbedingungen informieren[67]. Die beiden über Kerns Auftrag ins Bild gesetzten Staatsmänner machten nun den naheliegenden Versuch, den schweizerischen Gesandten in den Dienst der französischen Politik zu nehmen. Sie stellten fest, daß die Interessen Frankreichs und der Schweiz an der bisherigen gemeinsamen Grenze im Oberelsaß sich deckten. Es mußte in vereinter Anstrengung verhindert werden, daß sich eine dritte Macht zwischen die beiden befreundeten Länder setzte. Darum baten sie Kern um Vermittlung bei Bismarck. Sie konnten davon kein großes Abweichen der Deutschen von den als äußerst hart empfundenen Bedingungen der Friedenspräliminarien erwarten, doch durften sie von Kerns Schritten beim Kanzler eine Verstärkung ihrer eigenen Verhandlungsposition erhoffen, und wenn der schweizerische Gesandte nun, aufgefordert durch Adolph Thiers, unverzüglich mit Bismarck zu verhandeln begann, widersprach dies keineswegs den Instruktionen des Bundesrates.

Bismarck hatte in Versailles seit Monaten ein angespanntes, an Enttäuschungen und Erfolgen reiches Leben geführt. *Jetzt* glaubte er sich am Ziel: das Deutsche Reich war feierlich ausgerufen worden, Wilhelm I. trug die Kaiserkrone, Frankreich war besiegt und lag am Boden. Es galt, den Moment auszunützen und die Verhandlungen mit Thiers so rasch abzuschließen, daß die in Aussicht stehende Einmischung der Neutralen, vor allem Englands, zu spät kam. Bismarcks Friedensbedingungen waren hart, auf eine entscheidende militärische und finanzielle Schwächung Frankreichs angelegt. Niemand dachte jetzt an eine Aufstückelung des Elsasses mehr, auch eine Neutralisation von Elsaß-Lothringen lag nicht

---

Schreiben v. Schenk an Kern v. 18. 2. (persönlich überbracht durch M. Montandon). — Brief v. Schenk an Kern v. 26. 2. 1871.

[67] Kern schreibt, Favre sei stark interessiert an einer direkten Verbindung Basel-Paris. «Mais il ajoute qu'il est extrêmement difficile d'après l'impression qu'il a gardée de ses précédents entretiens avec M. de Bismarck, d'amener celui-ci à des concessions quelconques». Auch Thiers habe er (Kern) «fort bien disposé à l'égard de la Suisse» angetroffen. Ges. Ber. v. 22. 2. 1871.

in deutschem Interesse. Von der entschiedenen, rücksichtslosen Haltung des Kanzlers war Adolph Thiers am Abend des 22. Februar tief beeindruckt. Im Moment etwas entmutigt, bat er Minister Kern, den er als «personnage excellent, très bien intentionné pour la France» bezeichnet[68], einen persönlichen Schritt bei Bismarck zugunsten Frankreichs zu machen. Im Beisein der 15 Mitglieder der Konsultativkommission, welche die Nationalversammlung Thiers beigegeben hatte, forderte er den Schweizer auf, ein letztes zu versuchen, um für Frankreich weniger harte Friedensbedingungen zu erreichen. Noch am Morgen des 23. Februar wollte der greise Staatsmann durch Vermittlung der Schweiz an den russischen Zaren appellieren, damit er in der Frage des Elsasses bei Bismarck interveniere. Der gleiche Schritt, so meinte Thiers, könne bei England gemacht werden; der schweizerische Bundesrat werde zu dieser im eigenen Interesse liegenden Vermittlung gerne Hand bieten[69]. Der Plan, der einem so erfahrenen Diplomaten und Politiker wie Kern zusagen mußte, beruhte allerdings auf falschen Voraussetzungen, denn weder Thiers noch Kern wußten, daß dank Bismarcks geschicktem Nachgeben in der Pontusfrage zwischen Preußen und Rußland längst eine Annäherung stattgefunden hatte[70].

Die dramatisch verlaufene Audienz Minister Kerns bei Reichskanzler Bismarck fand am Abend des 23. Februars 1871 statt[71],

---

[68] Adolph Thiers: *Notes et souvenirs*, Paris 1903, S. 122.

[69] «M. Thiers me posa alors la question: ‚Etes-vous bien avec les autres grandes puissances?' J'ai répondu aussitôt: ‚Autant que je puis le savoir, nous avons les meilleures relations avec toutes les puissances, et la Russie en particulier nous en a donné des preuves dans les derniers temps'. ‚C'est très bien', a répliqué M. Thiers, ‚c'est la Russie qui a encore le plus d'influence sur la Prusse. *Votre gouvernement devrait faire immédiatement, par dépêche confidentielle, une démarche auprès du Cabinet de St. Petersbourg*, en le priant de vouloir bien interposer ses bons offices auprès du Chancelier allemand en faveur de la Suisse dans la question de l'annexion de l'Alsace à l'Allemagne...'». Ges. Ber. Kerns v. 22. 2., Zusatz v. 23. 2. 1871.

[70] Vgl. Eyck, a. a. O., Bd. II, S. 519.

[71] Neben Kern schweigt sich auch Jules Favre über diese denkwürdige Unterredung aus, der allerdings sein Buch «Le gouvernement de la défense nationale» erst vier Jahre später erscheinen ließ. Das von Thiers angegebene Datum (Vendredi, 24. 2.) ist irrtümlich. Die Quellen versetzen uns in die

an einem Tag, an dem sich im Quartier Bismarcks in Versailles, an der Rue Provence, die Konferenzen beinahe pausenlos gefolgt waren. Der Kanzler war schlecht gelaunt und überarbeitet, er litt heftig an rheumatischen Schmerzen und empfing den schweizerischen Unterhändler in seinem Arbeitszimmer auf einer Chaiselongue liegend. Selbstverständlich gedachte Kern beide Aufträge zu erfüllen: er war Vertrauensmann des Bundesrates, Sachwalter der schweizerischen Interessen, *und* zugleich Fürsprecher der Regierung Thiers, Vermittler. Er trug seine Anliegen mit größter Vorsicht vor, begründete ausführlich, warum bei einem Übergang des Elsasses an Deutschland die militärische, wirtschaftliche und politische Stellung der Eidgenossenschaft mitgeschwächt werde und daß die Schweiz eine Angliederung des Elsasses an das Deutsche Reich nicht gutheißen könne, sofern ihre Nordwestgrenze nicht gleichzeitig verbessert würde. Als der Reichskanzler diese Gedanken vernahm, fuhr er zornig hoch und antwortete Kern mit auffälliger Gereiztheit, er betrachte dies als eine Einmischung einer dritten Macht in die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich. «Was suchen Sie hier, und in was mischen Sie sich?», herrschte er den Gesandten an. «Das sind Fragen, die zwischen Frankreich und uns gelöst werden müssen, und Ihr Neutrale habt Euch nicht einzumischen. Wir haben Bedingungen gestellt, die unwiderruflich festgelegt sind, und wenn sie nicht angenommen werden, beginnt der Krieg von Neuem». So gibt Thiers die Worte wieder[72]. Mit dem Kanzler war nicht zu verhandeln[73]. Er zeigte sich sehr erstaunt darüber, daß es der Bundesrat nötig finde, jetzt schon militärpolitische Überlegungen anzustellen. Die Forderung nach einer Annexion oberelsässischer Gebiete an die Schweiz aus strategischen Gründen lasse auf ein großes Mißtrauen gegenüber den durchaus friedlichen Absichten des Deutschen Reiches schließen.

Möglichkeit, das Gespräch zwischen Kern und Bismarck beinahe wörtlich nachzuzeichnen.

[72] «Notes et souvenirs».

[73] Jules Favre sagte zu Kern nachher: «Je ne suis pas étonné de tout ce que vous me dites. M. de Bismarck est si absolu que le mot *négocier* n'est guère applicable aux entretiens qu'on est appelé à avoir avec lui». Ges. Ber. 24. 2. 1871.

Nach dem Eingeständnis, er habe dem Bundesrat früher unter gewissen Voraussetzungen angeboten, ein großes Stück des Elsasses als Kanton Mülhausen der Schweiz einzuverleiben[74], kam Bismarck auf die wirtschaftspolitische Seite zu sprechen. Auch darüber zu verhandeln sei verfrüht. Der Bundesrat werde wissen, daß die deutschen Staaten in ihren Handelsbeziehungen viel liberaler seien als Frankreich. Im Friedensvertrag einen Vorbehalt zugunsten eines freien schweizerischen Transites durch das Elsaß nach Frankreich vorzusehen, lehnte Bismarck ebenso entschieden ab. Man werde gerne diese Wünsche der Schweiz *nach* der Angliederung von Elsaß-Lothringen neu prüfen, eine Zusicherung, der Dr. Kern keine praktische Bedeutung beimaß[75]. Er mußte sofort einsehen, daß seine Mission vorzeitig und auf eine nicht erwartete Weise gescheitert war, weil Bismarck jedes Zugeständnis mit aller Energie ablehnte, unter dem Hinweis, er könne doch keine Gebiete abtreten, die ihm noch nicht gehörten, und er könne doch keine Klausel zu Gunsten der Schweiz in den Friedensvertrag hineinnehmen, die Anlaß zu neuen Konflikten sein könnte. Auch eine weitere Bemühung zu Gunsten Frankreichs schien aussichtslos: «M. de Bismarck était décidé à ne pas faire aucune concession, ni générale, ni précise»[76]. Adolph Thiers schreibt im Anschluß an die Unterredung: «Herr Kern war ganz entsetzt und sagte uns, daß es keine Hoffnung gebe,

---

[74] Vgl. S. 17. Unter den «Eventualités» einer solchen Abtretung des oberen Elsasses an die Schweiz war wohl die Beteiligung der Schweiz am Krieg gegen Frankreich gemeint. Kern wußte nichts von diesem früher gemachten Angebot, er sagte zu Bismarck, daß es von niemandem in der Schweiz als offiziell betrachtet worden sei.

[75] Kern schreibt: «Bien que le Chancelier allemand laisse entrevoir la pensée que la question pourraît être soumise à un nouvel examen après la prise de possession de l'Alsace par l'Allemagne, et bien qu'il n'y ait pas de sa part de refus absolu d'entrer en matière, on se tromperait à mon avis en ajoutant trop de poids à ses assertions. Je crois qu'il y a là beaucoup d'eau bénite de cour, et qu'il importe de ne pas se faire d'illusions». Ges. Ber. 24. 2. 1871.

[76] Ges. Ber. 24. 2. 1871.

[77] Adolph Thiers: *Notes et souvenirs*, vgl. «Deutsche Rundschau», Nr. 2, 1904/05, S. 153f.

[78] Telegramm Kerns an den Bundesrat v. 24. 2. 1871: «Audience chez comte Bismarck hier soir. Renoncez préalablement à l'envoi de délégués

und daß man sich beeilen müsse, Frankreich aus dem Abgrund zu ziehen, in den es gefallen sei»[77].

Sofort nach der Unterredung telegraphierten beide Gesprächspartner, Kern und Bismarck, nach Bern. Kern an den Bundesrat, er halte weitere Bemühungen für aussichtslos, und er benötige die beiden angeforderten Experten nicht[78], Bismarck an den preußischen Gesandten in Bern, er möge beim Bundesrat veranlassen, daß Kern von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit absehe. Man habe sich die Wünsche und Absichten der Eidgenossenschaft vorgemerkt und werde die Friedensverhandlungen mit Frankreich allein führen[79].

In seinen Berichten an den Bundesrat gab Minister Kern zu, keine der Missionen, mit denen er in seinem bisherigen Politikerleben betraut worden war, sei ihm als so delikat erschienen. Besonders schwierig war die Aufgabe, weil er die Haltung des Bundesrates nicht verstehen konnte. Er hielt den schweizerischen Standpunkt rechtlich für unhaltbar, betrachtete ihn als Ausfluß einer bloßen Interessenpolitik und teilte ihn nicht. Man habe in Bern kaum an Frankreich gedacht, so schreibt Kern, das im Fall eines späteren Krieges neben den verlorenen Gebieten im Elsaß und in Lothringen auch jene Grenzgebiete wieder zurückfordern werde, die der Schweiz aus der Hand des Siegers zugefallen wären. «Il ne m'est pas possible d'apprécier le côté militaire de la question, mais *il me paraîtrait que les intérêts militaires en jeu devraient avoir une importance bien grande pour devoir l'emporter sur le côté politique*»[80].

experts et à toute autre démarche comme prémature et inutile actuellement. Attendre conclusions de la paix...».

[79] Bundespräsident Schenk an Kern, 26. 2. 1871: Er habe durch General Roeder von zwei Telegrammen Bismarcks vertraulich Kenntnis erhalten. «Herr Kern habe Unterhandlungen gepflogen mit Bismarck bezüglich einer Grenzregulierung an der Nordgrenze der Schweiz für den Fall einer Annexion des Elsasses an Deutschland. Bismarck mußte vorläufig ablehnend antworten, da sich nicht wohl Verhandlungen über eine Frage pflegen lassen, welche etwas voraussetzen, was noch nicht fest und sicher ist, die Annexion des Elsasses. Aber es sei von dem Postulat der Schweiz Notiz genommen worden. Ein weiteres Eindringen in diesem Moment könne der Schweiz und ihren Wünschen nur schaden, nicht nützen... Teilen Sie Herrn Kern mit, er möge diesen Augenblick weitere Schritte unterlassen...».

[80] Ges. Ber. Kerns v. 24. 2. 1871.

Die Unterredung mit Bismarck vom 23. Februar 1871 hatte für Minister Kern zweierlei Folgen: Einmal war der schweizerische Bundesrat über den überraschenden Mißerfolg der Mission beunruhigt, Bundespräsident Schenk sogar etwas ungehalten; zum andern mußte sich der Gesandte noch bis zum Frieden von Frankfurt mit der oberelsässischen Frage beschäftigen. Unbefriedigend war nach den Friedenspräliminarien vor allem die neue Lage der Stadt Basel, deren Behörden in mehreren Eingaben an die Landesregierung darauf hinwiesen[81]. Der Bundesrat hielt die Interessen Basels für wichtig genug, um noch einmal diplomatische Versuche zu ihrer Wahrung zu unternehmen. Nach den neuen Instruktionen vom 3. März 1871 mußte Kern den Standpunkt einnehmen, eine möglichst direkte Verbindung von Basel über Schweizergebiet nach Frankreich liege im Interesse beider Länder, besonders auch im Hinblick auf den Bahnverkehr zwischen Frankreich und Österreich. Die französischen Friedensunterhändler in Brüssel und Frankfurt sollten nach Ansicht des Bundesrates dafür eintreten, daß im südlichsten Elsaß eine Grenzberichtigung zu Gunsten der Schweiz vorgenommen werde, so daß die neue Landesgrenze von Bonfol im Pruntruterzipfel nördlich an Mornach, Werenzhausen, Volkensberg und Attenschweiler vorbei nach Hüningen führte. Die Schweiz bekäme damit die Straße Hüningen-Pfirt-Miécourt in die Hand und könnte in diesem Gebiet eine Bahnlinie Basel-Pruntrut, mit Anschluß nach Belfort-Vésoul bauen. Sollte dieses Hauptprojekt von den Franzosen abgelehnt werden, so mußte Kern darauf dringen, daß wenigstens die hart an der Landesgrenze vorbeiführende Verbindung Lucelle-Kiffis-Klösterli-Kleinlützel zollfreie Straße wurde. Falls auch dies abgelehnt wurde, sollte Kern darauf bestehen, daß der Transit zwischen Basel und Belfort über Mülhausen ungehindert und gebührenfrei erfolgen könne. Jede terri-

[81] Eingabe von Bürgermeister und Rat des Kantons Basel-Stadt an den Bundesrat v. 11. 3. 1871. Schreiben von Bürgermeister C. F. Burckhardt in Basel an den Bundesrat v. 13. 3. 1871 (darin vorgeschlagen der Wortlaut eines Artikels für den Friedensvertrag über den freien Transit Basel-Frankreich).

toriale Änderung im Oberelsaß, so schloß die bundesrätliche Weisung vom 7. März, werde aber von der Schweiz nicht anerkannt, wenn sie nicht als Vertragspartner ihre Einwilligung geben könne. Vor allem könne «von einer direkten Verwendung schweizerischerseits bei der deutschen Regierung oder deren Vertreter in dieser Frage nicht die Rede sein»[82].

Im Sinn dieser eher vorsichtig gehaltenen, bedeutend weniger weit gehenden Instruktionen unterhandelte Minister Kern in den März- und Aprilwochen 1871 nur noch mit den Franzosen. Außenminister Jules Favre zeigte wiederum größtes Verständnis für den schweizerischen Standpunkt; er gab den für Brüssel bestimmten französischen Delegierten die Weisung mit, sie hätten sich für die Wünsche der Schweiz, die Kern in einer Note zusammenstellte, einzusetzen[83]. Aber auch Favre glaubte nicht an einen Erfolg[84]. Der schweizerische Gesandte trat verschiedentlich mit elsässischen Persönlichkeiten in Verbindung, um über die Stimmung auf dem Laufenden zu sein. Aus einer Unterredung mit dem Deputierten Keller aus Mülhausen, dem Straßeningenieur Renault aus Belfort und dem Abgesandten Vieillard-Migeon aus Morvillars (Canton de Delle) resultierte der Plan einer neuen Grenze, die noch besser als das bundesrätliche Projekt vom 7. März den Bau einer Eisenbahn zwischen Basel und Belfort ermöglichen sollte[85]. Weitere Verhandlungen wurden aber durch die Ereignisse in Paris überschattet: Der Aufstand der Commune brachte der schweizerischen Gesandtschaft in Paris neue Schwierigkeiten, speziell der Schutz der ihr anvertrauten Süddeutschen wurde angesichts der Erbitterung unter

---

[82] Prot. Bundesrat v. 5. 3. 1871. Schreiben des Bundesrates an Kern v. 7. 3. 1871.

[83] Ges. Ber. Kerns v. 1. 3. 1871. Ges. Ber. v. 10. 4. 1871.

[84] Favre erklärte dazu, bei den Verhandlungen über die Friedenspräliminarien habe er Bismarck gefragt, ob Frankreich im Hinblick auf seine Handelsbeziehungen zur Schweiz einen Streifen Land behalten könne, der sich von der Schweizergrenze bis auf die Höhe von Altkirch-Kembs ausdehne. «A la seule ouie de mes paroles, M. de Bismarck a *bondi*, ajoutait M. Favre, ce qui m'a empêché de faire de nouvelles tentatives auprès de lui à ce sujet». Ges. Ber. Kerns v. 15. 3. 1871.

[85] Ges. Ber. Kerns v. 12. 3. 1871.

der französischen Bevölkerung beinahe unmöglich[86]. So zuvorkommend sich die nach Versailles geflüchtete französische Regierung zeigte: es lag nicht in ihrer Macht, die Verhältnisse zu ändern. Der Delegierte Frankreichs in Brüssel, de Goulard, bestätigte zwar gegenüber Kern seine Bereitschaft, für eine Grenzberichtigung im Oberelsaß weiterhin einzustehen, doch der schweizerische Gesandte gewann den Eindruck, daß die Lösung der noch schwebenden Fragen überhaupt nicht in Brüssel, sondern in Berlin selbst erfolge und daß die deutschen Unterhändler an den Brüsseler Verhandlungen ohne formelle Instruktion von Seite des deutschen Reichskanzlers gar keine Konzessionen zu machen wagten[87]. Er kannte die Eigenart der Bismarckschen Politik.

Immerhin fanden die Bemühungen Kerns in dieser späten Verhandlungsphase neue Unterstützung. Die elsässische Industrie bekam nämlich bereits die Folgen der Annexion zu spüren und unternahm neue Schritte in Berlin und Versailles. Frankreich hatte die Deutschen die Bürde, die sie sich mit der Angliederung des Elsasses aufgeladen hatten, spüren lassen: Es betrachtete den deutsch-französischen Handelsvertrag für überholt und belegte rücksichtslos die Erzeugnisse der oberelsässischen Industrie mit erhöhten Zollgebühren. Da auch das Deutsche Reich die Zollansätze bis zum Abschluß des Friedensvertrages aufrecht hielt, stockte der Absatz, und die Mülhauser Industrie geriet in Not. Ihre Leiter gaben die Sache nicht verloren: Jean Dollfuß, der frühere Bürgermeister von Mülhausen, reiste nach Versailles und später nach Berlin. Zeitungsmeldungen berichteten, Frankreich wolle die Stadt Mülhausen für 200 Millionen Franken zurückkaufen[88]. Alfred Köchlin-Schwartz sondierte bei Bundespräsident Carl Schenk in Bern, ob für den Fall, daß Mülhausen nicht zu Frankreich zu-

---

[86] Ges. Ber. Kerns v. 13. 3. 1871.

[87] «Je ne crois pas me tromper en supposant que la solution de ces questions est beaucoup plus à Berlin qu'à Bruxelles et que les plénipotentiaires allemands n'oseront faire de concessions ni sur l'une ni sur l'autre de ces questions sans instructions formelles de M. de Bismarck...». Ges. Ber. Kerns v. 10. 4. 1871.

[88] So der Londoner Korrespondent der Kölner Zeitung. Vgl. «Der Bund», Bern, v. 22. 3. und 1. 5. 1871.

rückkehren könne, die Schweiz sich für den Sundgau interessieren würde[89]. Minister Kern erhielt durch Dollfuß, den er am 10. April in Versailles sprach[90], und durch den früheren Schweizerkonsul in Mülhausen, Spörry, Kenntnis von diesen Verhandlungen, aber er machte sich keine neuen Hoffnungen, obschon auch die süddeutsche Industrie nochmals Schritte gegen die definitive Eingliederung Mülhausens unternahm. Nach seinem Urteil wollten die elsässischen Industriellen in erster Linie bei Frankreich bleiben, falls der Friedensvertrag dies ausschloß, doch lieber deutsch als schweizerisch sein[91]. Die Bemühungen der Schweiz blieben ergebnislos. Der Frankfurter Friede vom 10. Mai 1871 stellte die Franzosen vor die Wahl, entweder auf Belfort zu verzichten oder Gebiete um Thionville für die Festung einzutauschen. Selbstverständlich entschied sich die Nationalversammlung für Belfort, so daß im Nordwesten der Schweiz die eine direkte Verbindung mit Frankreich, von Pruntrut über Montbéliard nach Belfort, aufrecht erhalten blieb. Aber alle andern Wünsche der Schweiz blieben unberücksichtigt, über einen freien Transit von Basel über das deutsche Elsaß nach Frankreich stand im Friedensvertrag kein Wort. Minister Kern erkundigte sich später bei den französischen Unterhändlern, warum die schweizerischen Forderungen von den Deutschen so energisch abgewiesen wurden. Nach den Aussagen Jules Favres war Bismarck in Frankfurt geradezu «intraitable». Auf die gleiche

---

[89] Unterredung vom 8. 4. 1871. Böschenstein, a. a. O., S. 119.

[90] «M. J. Dollfuss m'a dit que le Directeur des Douanes lui aurait répondu préalablement que l'administration française aurait pris ces mesures, dont les Alsaciens se plaignent tous, pour faire sentir dès à présent à l'industrie allemande tout le poids et tout le préjudice que lui imposera la concurrence de l'industrie alsacienne». Ges. Ber. Kerns v. 12. 4. 1871.

[91] «D'après tout ce que j'ai pu apprendre sur les négociations qui ont précédé et accompagné les préliminaires de paix, l'espérance de M. Dollfuss aurait peu de chance de se réaliser bien qu'il soit exact que l'industrie allemande travaille contre l'annexion de Mulhouse à l'Allemagne». Ges. Ber. v. 12. 4. 1871.

«J'ai pu voir, que le motif principal qui fait désirer à Mulhouse devenir encore plutôt allemand que Suisse est dans le fait que les habitants de cette ville trouveraient pour leur industrie la protection à laquelle et viennent avant tout plutôt par bannes à l'Allemagne que par l'annexion à la Suisse...». Ges. Ber. Kerns v. 18. 4.

Frage teilte der Direktor der Chemin de fer de l'Est, Sauvage, dem Schweizer folgendes vertraulich mit:

«Monsieur de Bismarck, voyant une foule de réclamations de toute nature se produire aux conférences de Bruxelles, a jugé qu'il était dans l'intérêt de l'Allemagne de ne plus traiter par l'entremise des plénipotentiaires, mais d'attirer à lui toutes les négociations. Il exigea des conférences directes à Francfort, et refusa de laisser prendre part les représentants des parties intéressées. Les experts ne furent pas même entendus, bien qu'ils fussent présents à Francfort...

Le langage du prince Bismarck auraitété tel, au dire de M. Sauvage, que ni M. Favre, ni le ministre des Finances n'auraient osé soulever un point qui eût retardé la conclusion de la paix»[92].

Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen nach der Versailler Begegnung zwischen Kern und Bismarck erhob Bundespräsident Schenk gegenüber dem Gesandten Vorwürfe. Offensichtlich war der Bundesrat über das Ergebnis der Mission Kerns enttäuscht; die Instruktionen vom 7. März verboten neue Unterhandlungen mit Bismarck, und als Kern sich an den ihm befreundeten Bevollmächtigten von Bayern in Brüssel, Baron von Quaadt, wenden wollte, untersagte ihm der Bundespräsident diesen Schritt.

Ohne Kenntnis von der neuen Haltung der Berner Regierung begab sich Minister Kern am 4. März zu Bismarck, um mit ihm weisungsgemäß die Rückführung der Bourbaki-Armee nach Frankreich zu besprechen[93]. Natürlich berührte er im Gespräch auch die

---

[92] Kern an Bundespräs. Schenk, 27. 6. 1871.

[93] Schon am 2. 2. hatte Kern den Auftrag erhalten, mit der französischen Regierung und dem deutschen Hauptquartier in Versailles über den Rücktransport der eben in die Schweiz eingeströmten Armee Bourbaki zu unterhandeln. Bismarck lehnte es vorerst ab, auf diese Frage einzutreten, da die französische Regierung keine Garantien geben könne, daß die aus der Schweiz zurückkehrenden französischen Truppen nicht sofort wieder gegen die Deutschen ins Feld geführt werden. Die Schweiz eröffnete nach dem Abschluß des Präliminarfriedens direkte Verhandlungen mit Frankreich, die bald zum Ziel führten. Minister Kern fand es richtig, auch den deutschen Reichskanzler über den in wenigen Tagen beginnenden Rücktransport der französischen Armee de l'Est ins Bild zu setzen. Deshalb begab er sich am 4. 3. wieder nach Versailles. Bismarck war mit der Rückführung der Armee einverstanden, sofern die Schweiz das Kriegsmaterial zurückbehielt bis zum Kriegsende. (Bundespräs. Schenk an Kern, 8. 2. 1871, als Bestäti-

Frage des Elsasses, und besonders wollte er vom Kanzler erfahren, ob er einer Garantie des freien Transites zwischen Basel und Frankreich zustimmen könne. Auf den Bericht des Ministers über dieses zweite Gespräch mit Bismarck in Versailles, der sich mit der neuen Instruktion vom 7. März kreuzte, reagierte Bundespräsident Schenk heftig: Es scheint, daß er dem Gesandten vorwarf, er habe zu weiteren Verhandlungen mit Bismarck gar keine Weisungen des Bundesrates besessen und es dem Kanzler gegenüber an der nötigen Festigkeit und Beharrlichkeit fehlen lassen. Am 15. März schreibt nämlich Minister Kern an Carl Schenk:

«Ich glaube durch meine ganze Haltung während des letzten Konfliktes des diplomatischen Korps bewiesen zu haben, daß ich Forderungen und Handlungen von Bismarck, welche ich als Verletzung der Rechte anderer Staaten ansehen kann, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten den Mut habe. Ich würde es auch in gegenwärtiger Frage getan haben, wenn ich mich hätte überzeugen können, daß dies durch die Ehre und die Interessen unseres Landes oder gar noch durch spezielle Instruktionen geboten sei. Ich freue mich, in dieser Hinsicht mit dem Urteil eines Staatsmannes einig zu gehen, mit Jules Favre, der ebenfalls bewiesen hat, daß er sich mächtigen Herren entgegenzutreten nicht fürchtet, die solche ungerechte Forderungen stellen.

Es ist das erste Mal in meinem Leben während 38 Jahren kantonaler und eidgenössischer Funktionen (wo mir so manche Mission anvertraut wurde), daß mir auch nur von Ferne, auch nur andeutungsweise der Vorwurf gemacht worden wäre, ich habe mir erteilte Instruktionen überschritten. *Ich trage das ruhige Bewußtsein in mir, eine solche Beurteilung auch diesmal nicht verdient zu haben*»[94].

Tatsächlich kann heute noch aktenmäßig belegt werden, daß Minister Kern sich in den Verhandlungen mit Bismarck streng an die Instruktionen des Bundesrates hielt. Die Einwände des Bundespräsidenten entsprangen wohl einem momentanen Unmut über den Mißerfolg der Schweiz in der Elsaßfrage. Kern gesteht am Schluß seines Briefes:

«Ich füge aber auch bei, daß ich nur *höchst ungern* und nicht ohne ein gewisses Widerstreben die beiden Missionen übernommen hatte, die mich

gung des Auftrages v. 2. 2. 71. Ges. Ber. Ottenfels nach Wien, 8. 2. 71. «Der Bund» v. 11. 2. 1871. Ges. Ber. Kerns v. 6. 3. 1871.)

[94] Privatbrief von Kern an Carl Schenk v. 15. 3. 1871, von dem der Verf. freundlicherweise durch Herrn Böschenstein Kenntnis erhielt.

mit Bismarck in Verhandlungen bringen mußten, was Sie im Hinblick auf meine kurz vorher vorausgegangene offizielle Korrespondenz mit ihm sich leicht erklären können. Ich bin also nicht bloß einverstanden, wenn ich keine diesfälligen, weder generelle noch spezielle, Aufträge *zu solchen Negotiationen* mehr erhalte, sondern *wünsche es sehr*, und (ich) bitte Sie dahin zu wirken, daß ich künftig damit verschont werde»[95].

Aber auch Carl Schenk mußte zugeben, daß gegenüber Minister Kern Vorwürfe nicht am Platz waren. Er schrieb nach Paris, der Bundesrat sehe ein, daß Kern am 4. März, bei der zweiten Unterredung mit Bismarck, die neuen Instruktionen des Bundesrates, die am 5. beschlossen und am 7. weggeschickt wurden, noch gar nicht habe kennen können. Er billige darum die Haltung des Ministers ebenfalls[96].

Ergebnis

Wenn wir die kleinen diplomatischen Geschäfte übergehen, so beschränkten sich die Beziehungen zwischen Fürst Bismarck und Minister Kern während des Deutsch-französischen Krieges auf eine Erörterung von drei Sachfragen, in denen die beiden Politiker aufeinandertrafen: Einmal bei der Belagerung von Paris, als der schweizerische Gesandte an seinem Posten ausharrte und Anspruch auf eine Verbindung mit seiner Regierung in Bern erhob. Dann bei der Bombardierung von Paris, als Kern im Namen des Völkerrechts Proteste an Bismarck sandte. Endlich bei der Angliederung von Elsaß-Lothringen an das Deutsche Reich, als die Schweiz sich in die Friedensverhandlungen einschalten wollte. Beide Männer zeigen auch in ihren Beziehungen zueinander ihre Eigenart, ihre Denk- und Handlungsweisen. Während es für Bismarck in den sehr bewegten Tagen des Frankreich-Feldzuges darum ging, *seine* Politik klug und rücksichtslos durchzusetzen, hielt der Schweizer auch in Paris und Versailles die Grundsätze des Rechts und der Humanität hoch, wobei allerdings die Instruktionen des Bundesrates in der Elsaßfrage diese Grundsätze zu mißachten schienen und ihn zu diplomatischen Schritten veranlaßten, die er nicht bejahen konnte.

---

[95] A. a. O.

[96] Ges. Ber. Kerns v. 24. 4. 1871.

Über die Einwirkung der Schweiz auf die Friedensverhandlungen im Deutsch-französischen Krieg kann folgendes festgehalten werden:

1. Die Behauptung Bismarcks vom Dezember 1892, die Schweiz habe mit dem Hinweis auf ihre historischen Rechte im Sundgau Mülhausen für sich verlangt, ist ungenau. Von einem Begehren auf Einverleibung von Elsaß-Lothringen war nie die Rede.
2. Die Äußerung Bismarcks gegenüber Kern am 23. Februar 1871, er habe die Idee gehabt, den Sundgau mit dem Hauptort Mülhausen als 23. Kanton der Schweiz einzuverleiben, kann ebenfalls nicht als konkretes Angebot an die Eidgenossenschaft nachgewiesen werden.
3. Das Dementi des schweizerischen Bundesrates von Ende 1892, die Schweiz habe sich nicht an den Verhandlungen in Versailles beteiligt, entspricht ebensowenig den Tatsachen.

Sachlich kann anhand der schweizerischen Quellen über diese Frage erkannt werden, daß der Gedanke eines Anschlusses des südlichen Elsasses an den Bundesstaat nicht in der Schweiz geboren wurde. Er ging von Kreisen der süddeutschen Industrie aus und mußte von Bismarck wenigstens geprüft werden. Daß der Kanzler durch die deutsche Vertretung in Bern sondieren ließ, wie er allenfalls in der Schweiz aufgenommen werde, darf als sicher gelten, doch mit dem militärischen Erfolg der Deutschen verlor er seine ursprüngliche Bedeutung für Bismarck, und als Kern ihn aufnehmen mußte, weil ihn die Bundesräte Welti und Dubs für möglich und wünschenswert hielten, bot dieser Plan einer Expansion der Schweiz im Nordwesten für Deutschland keine Vorteile mehr. In Kreisen der Mülhauser Industrie gingen die Bestrebungen vor allem dahin, den südlichen Teil des Elsasses unter allen Umständen bei Frankreich zu belassen.

Trotzdem die schweizerische öffentliche Meinung den Gedanken einer Annexion von Teilen des Elsasses eindeutig ablehnte, begannen sich einflußreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und vor allem militärischen Lebens mit ihm zu befassen. Im Vordergrund stand das militärische Interesse an einer Verbesserung der strategischen Position der Schweiz zwischen Basel und Pruntrut, aber auch an einer zahlenmäßigen Vergrößerung der schweizerischen Wehrkraft. Daneben sprachen wirtschaftliche, vor allem finanz- und verkehrspolitische Gründe mit, so daß der Bundesrat

eine diplomatische Aktion einleitete und auch mit einiger Beharrlichkeit unterhielt. Minister Kern wurde Träger dieser Aktion. Ihr Ziel war zuerst eine Abklärung der Frage, wie sich die beiden Nachbarländer Deutschland und Frankreich zu einer Abtretung des Sundgaues stellen würden. Territoriale Forderungen wurden nicht direkt erhoben, doch dachte man in Bern zuerst an eine Vorverschiebung der Grenze bis zum Doubs-Bogen und zum Rhein-Rhone-Kanal, später jedoch nur noch an eine Grenzberichtigung zwischen dem Pruntruterzipfel und Basel. Als die territorialen Wünsche der Schweiz unberücksichtigt blieben, beschränkte man sich darauf, einen freien Transit zwischen Basel und Frankreich durch das deutsche Elsaß durchzusetzen. Aber alle dahingehenden Bemühungen scheiterten an der Entschlossenheit Bismarcks.

Was von der Äußerung des deutschen Reichskanzlers gegenüber Kern, er habe daran gedacht, den Sundgau der Schweiz abzutreten, tatsächlich zu halten war, erkannte damals neben dem schweizerischen Gesandten in Paris auch der diplomatische Vertreter der Schweiz in Berlin, Minister Bernhard Hammer. Auf eine vertrauliche Anfrage von Bundesrat Schenk über diese Worte des Kanzlers schrieb er am 1. April 1871 nach Bern, die Bemerkung Bismarcks gegenüber Kern sei nicht ernst zu nehmen, denn die deutsche Politik werde *nie* ein von deutschen Truppen erobertes Land der Schweiz überlassen, ohne entsprechende Vorteile einzutauschen. Man habe die Worte dieses Staatsmannes «mehr nach dem Gewicht seiner subjektiven Absicht, als nach dem der objektiven Richtigkeit zu wägen». Es sei Bismarck in dieser Äußerung mehr darum zu tun gewesen, den ablehnenden Bescheid in der Elsaßfrage weniger zu motivieren als etwas auszuschmücken[97].

Nach dem erfolgreichen Feldzug gegen die Franzosen äußerte aber der deutsche Reichskanzler seine große Anerkennung über die Art, wie die Schweiz sich während des Krieges verhalten habe:

«Die Schweiz hatte in dem soeben beendeten Krieg eine schwierige Aufgabe zu erfüllen, und hat sie auch trotz äußerer und innerer Schwierigkeiten in anerkennenswerter Weise erfüllt. Deutschland anerkennt auch die loyale Handhabung der schweizerischen Neutralität. Von diesem Standpunkt aus lassen wir hüben und drüben gehässige Hetzereien unbeachtet...».

[97] Hammer an Schenk 1. 4. 1871.

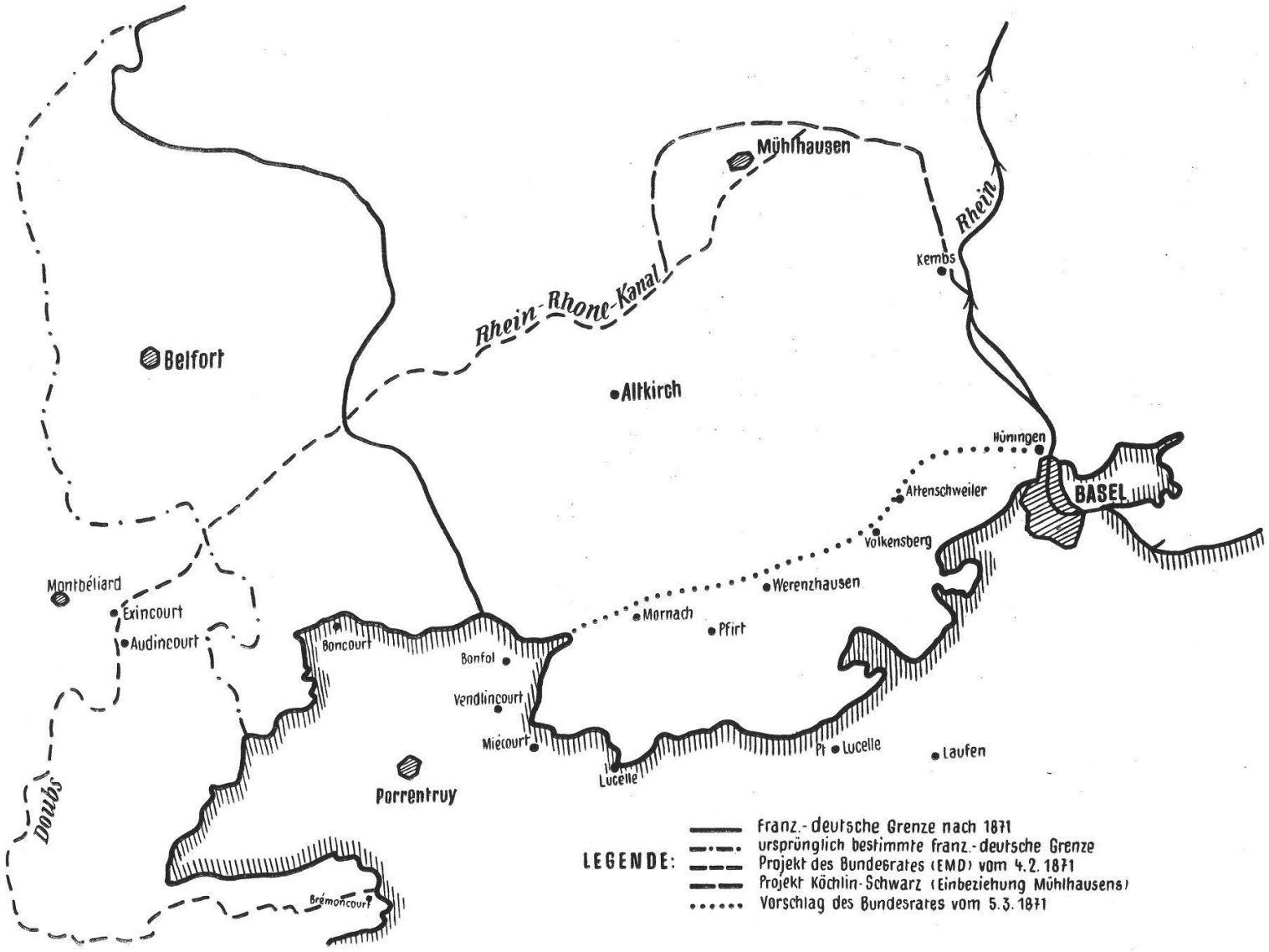
«Es ist die härteste Probe gewesen, welche die schweizerische Neutralität je bestanden, aber auch mit Ehren bestanden hat. Es genügt in solchen Fragen nicht, durch eigenes korrektes Verhalten bloß dem Gewissen der Kriegführenden einen Zügel anzulegen, sondern der Neutrale muß ihnen auch durch die tatsächliche bewaffnete Haltung den Wahlspruch des schottischen Distelordens in Erinnerung bringen: ‚Nemo me impune lacessit'...

Die Schweiz hat ihre internationalen Pflichten nach allen Seiten zu erfüllen gewußt und hat es verstanden, Deutschland zufriedenzustellen, ohne Frankreich sich zu entfremden»[98].

Das Lob war nicht unverdient: die Schweiz hatte während des Krieges von 1870/71 verhältnismäßig große Opfer für die Aufrechterhaltung der Neutralität, die Bewahrung ihrer Unabhängigkeit und für die ihr zugefallenen humanitären Aufgaben zu tragen. Aber es darf als Glück bezeichnet werden, daß sich Bismarck ihren Bemühungen um eine territoriale Ausdehnung verschlossen zeigte. Daß die durch keine Grenzverschiebung getrübten guten Beziehungen zum westlichen Nachbarland Frankreich anhielten, darum bemühte sich auch in den folgenden Jahren Minister Kern, der noch im hohen Alter als ein allseitig geachteter und verehrter Diplomat, bis zum Jahre 1883, auf seinem Posten blieb.

---

[98] Hammer an Schenk 2. 5. 1871.


Mühlhausen
Rhein
Kembs
Rhein-Rhone-Kanal
Belfort
Altkirch
Hüningen
Altenschweiler
BASEL
Volkensberg
Werenzhausen
Montbéliard
Exincourt
Audincourt
Mornach
Pfirt
Boncourt
Bonfol
Vendlincourt
Miécourt
Pt Lucelle
Laufen
Lucelle
Porrentruy
Doubs
Brémoncourt
LEGENDE:
franz.-deutsche Grenze nach 1871
ursprünglich bestimmte franz.-deutsche Grenze
Projekt des Bundesrates (EMD) vom 4.2.1871
Projekt Köchlin-Schwarz (Einbeziehung Mühlhausens)
Vorschlag des Bundesrates vom 5.3.1871